

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Süßkoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettzelle 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

Mitglieder! Wechselt die Arbeit möglichst wenig und meidet die Großstädte!

Die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze.

Nachdem schon seit Beginn der deutschen Arbeiterversicherung aus Arbeiterkreisen wie auch von namhaften Sozialpolitikern die Forderung nach Vereinheitlichung und weiterer Ausgestaltung des sozialen Versicherungswesens erhoben worden ist, hat nunmehr das Reichsamt des Innern nach vorausgegangen längeren Verhandlungen mit den Interessenten den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung nebst Begründung veröffentlicht.

Das umfangreiche Gesetzwerk umfaßt auf 436 Folienseiten nicht weniger als 1793 Paragraphen und bringt darin gemeinsame Vorschriften für alle drei zurzeit bestehenden Versicherungszweige einschließlich der neuen Hinterbliebenenversicherung, regelt die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu andern Verpflichteten und das Verfahren.

Den Entwurf in allen Einzelheiten zu kennzeichnen, ist uns unmöglich; wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Bestimmungen wiederzugeben.

Die Materie ist in sechs große Abschnitte zerlegt, deren erster den Instanzenzug und den Unterbau für die Organisation der Versicherung behandelt; der zweite umfaßt die Krankenversicherung, der dritte die Unfallversicherung, der vierte Teil enthält die Bestimmungen über die Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung, der fünfte Abschnitt regelt die Verhältnisse der Versicherungsträger zueinander und der sechste umfaßt das Verfahren in Rentenstreitsachen.

Wie schon bekannt ist, hat die Reform keine einheitliche Organisation der drei großen Versicherungsgesetze geschaffen. Die bisherigen Einrichtungen der Verwaltungskörperschaften sind im großen ganzen unberührt geblieben, lediglich die Gesetzmaterie erfährt eine einheitliche Durcharbeitung. Auch die Leistungen der einzelnen Versicherungszweige erfahren keine wesentlichen Änderungen. Nur die längst versprochene und durch Reichstagsbeschluss geforderte Witwen- und Waisenversicherung bringt die Angliederung eines neuen Versicherungszweiges.

Die Krankenversicherung erfährt eine Ausdehnung auf die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten und Hausgewerbetreibenden, die Bühnen- und Orchestermitglieder, soweit das Gehalt M 2000 nicht überschreitet. Die Zersplitterung der Krankenkassen wird im wesentlichen beibehalten. Die beabsichtigte Aufhebung der Gemeindefrankenversicherung kann nicht als besonderer Fortschritt betrachtet werden, da diese Organisationsform ihre Unfähigkeit längst erwiesen hat. Die Errichtung von Bau- und Betriebskrankenkassen wird in der bisherigen Form weiter gestattet, nur sollen beide Gruppen zu einer Organisation verschmolzen werden. Die Errichtung einer Betriebskasse soll aber nur noch bei 500 Arbeitern, in Ausnahmefällen 250, gestattet sein. Die Innungskassen bleiben neben den Ortskassen bestehen. Daneben tritt eine neue Gruppe der Krankenkassen ins Leben, die Landkrankenklasse für Landarbeiter, Dienstboten und Hausgewerbetreibende. Neben den wenigen guten Seiten, die der Entwurf über die Krankenversicherung enthält, sind somit Bestimmungen vorgeschlagen, die den Arbeitern sehr nachteilig sind.

Die Einflüsterungen und Verleumdungen gewisser Kreise gegen die Ortsklassen haben bei der Regierung ein williges Ohr gefunden, und es sind Paragraphen geschaffen

worden, die die seitherige Selbstverwaltung der Arbeiter schwer beeinträchtigen.

Das ist ja schon vor Erscheinen des Gesetzentwurfs bekannt geworden. Es soll allerdings der Vorsitzende der Klasse nicht in jedem Fall, wie wohl anfangs beabsichtigt war, von der Kommunalbehörde gestellt werden, sondern erst eine Wahl seitens der Arbeitgeber und Versicherten erfolgen. Aber die Versicherten haben nicht mehr zwei Drittel der Vertretung, wie bisher, sondern ihre Stimmzahl teilt sich mit denen der Arbeitgeber in gleiche Teile. Nur wenn die Majorität aller Vertreter sich auf einen Vorsitzenden einigt, soll die Behörde mit der Bestellung nichts zu schaffen haben. Mit dieser Aenderung ist eine Halbierung der Beiträge verbunden, so daß also künftig Unternehmer und Arbeiter die gleich hohen Beiträge zu zahlen hätten. Die Begründung des Entwurfs rechtfertigt den Eingriff in die Selbstverwaltung keineswegs, denn es wird ausdrücklich betont:

„Bei den Krankenkassen selbst hat der Plan keinen Anklang gefunden. Die in den Rassenvorständen tätigen Vertreter der Arbeitgeber so gut wie diejenigen der Versicherten haben die Bestellung eines kommunalen Rassenvorstehenden fast einmütig bekämpft und als Beginn einer Bureaukratenregierung der Rassen und der Zerstückung ihrer Selbstverwaltung bezeichnet.“

Damit gibt die Begründung zu, daß in keinem der direkt beteiligten Kreise Wünsche nach einer Aenderung des bestehenden Zustandes vorhanden sind. Die Einseitigkeit des Vorgehens wird treffend auch dadurch beleuchtet, daß an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften keine Aenderung vorgenommen wurde.

Zu hoffen steht, daß die Absichten der Regierung zu nichte werden, weil auch die Unternehmer sich nicht besonders dafür erwärmen, allerdings zum Teil aus ganz andern Gründen als die Arbeiter.

Der Entwurf über die Unfallversicherung bringt ein anderes Verfahren, das als erste Instanz für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Versicherungsamt schafft, an dem neben dem von der Behörde eingesetzten Vorsitzenden zu gleichen Teilen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitwirken. Diese Instanz hat Rentenansprüche für Unfall-, Invalidenansprüche sowie Ansprüche auf die neu einzuführende Witwen- und Waisenversicherung entgegenzunehmen und vorzubereiten. Es erfolgt aber vor dieser Instanz keine Festsetzung der Rente, nur bei Rentenherabsetzungen muß der Antrag an das Versicherungsamt gestellt werden und erfolgt hier in einer Spruchkammer die Entscheidung. Gegen diese Entscheidung ist Berufung beim Oberschiedsgericht, den heutigen Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, zulässig.

Auch hier haben wir es mit einer Neuerung zu tun, die schwere Nachteile befürchten läßt, denn gegen die Entscheidung der Oberschiedsgerichte ist kein Rekurs an das Reichsversicherungsamt zulässig. Berücksichtigt man das bekannte summarische Verfahren vor den Schiedsgerichten, muß in der Ueberweisung aller dieser Streitfälle an diese Instanz mit Recht befürchtet werden, daß die Verletzten keine sachgemäße Prüfung ihrer Ansprüche zu erwarten haben. Die Zahl der Fälle, in denen es sich um Herabsetzung oder Aufhebung der Rente handelt, ist sehr groß; von den 422 012 berufungsfähigen Bescheiden der Berufsgenossenschaften im Jahre 1908 hatten 183 511 neue Rentenfestsetzungen als Grundlage. Ferner kamen 32 080

Anträge, die diesen Gegenstand behandelten, vor die Schiedsgerichte zur ersten Entscheidung. Die Regierung will jetzt das Reichsversicherungsamt entlasten durch Aufhebung des Rekursverfahrens und gestattet nur noch wie bei der Invalidenversicherung Revision in ganz eng begrenztem Maße. Dieses Verfahren bedeutet aber eine große Schädigung der beteiligten Arbeiter, was von uns schon öfter dargelegt worden ist.

Bei der Invalidenversicherung ist eine Erweiterung des Versicherungskreises auf Apotheker, Bühnen- und Orchestermitglieder und Angestellte mit ähnlich gehobener Tätigkeit im Hauptberuf geplant. (Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker.)

Eine Anfügung neuer Lohnklassen, eine Angliederung der Privatangestelltenversicherung, eine Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 oder 60 Jahre für die Altersversicherung und andre lobenswerte Fortschritte sind im Entwurf nicht vorgesehen. Neu ist die freiwillige Zusatzversicherung, die namentlich im Interesse des Mittel- und Handwerkerstandes geschaffen wurde.

Die schwierigen Voraussetzungen für Ansprüche auf Invalidenrente und die beschämend niedrige Höhe der Renten bleibt, überhaupt sind alle nachteiligen Vorschriften der Invaliden- und Altersversicherung voll aufrecht erhalten worden.

Großes Interesse beansprucht mit Recht die mit der Invalidenversicherung verbundene Witwen- und Waisenversicherung. Wer aber glaubt, daß sie den bescheidensten Wünschen entspricht und den Arbeitern eine Versorgung ihrer Witwen und Waisen gewährleistet, der wird durch den Entwurf bitter enttäuscht.

Die Beiträge sollen, da die Sollerträge die benötigten Gelder nicht lieferten, von den Arbeitern aufgebracht werden. Es ist eine Steigerung der Wochenbeiträge für die Invalidenversicherung beabsichtigt, die in der ersten Lohnklasse 2 s, in der zweiten 4 s, der dritten und vierten 6 s, der fünften 10 s beträgt. Statt 36 s in der fünften Lohnklasse wären also künftig 46 s zu zahlen.

Mit diesen Beiträgen können natürlich die volltönenden Worte des Entwurfs — Witwenrente, Waisenrente, Witwengeld, Waisenaussteuer — nicht in Wirklichkeit umgesetzt werden.

Bei genauer Betrachtung finden wir auch, daß der Entwurf noch nicht einmal soweit geht wie die Unfallversicherung mit ihrer schmalen Witwen- und Waisenrente. Das schönste ist, daß nicht jede Witwe eines Verstorbenen, sondern nur die dauernd invalide Witwe oder die, die während 26 Wochen invalide war, für die weitere Dauer der Invalidität die Rente erhalten kann! Voraussetzung ist ferner, daß der verstorbene Ehemann mindestens 200 Wochenbeiträge gelebt hat.

Die Rente einer Invalidenwitwe soll drei Zehntel, die Rente für ein Kind bis zum fünfzehnten Lebensjahr drei Zwanzigstel der — Invalidenrente des verstorbenen Ehemanns betragen. Der Reichszuschuß für die Witwenrente beträgt M 50 und für die Waisenrente M 25. Die mittlere Durchschnittsrente würde etwa M 117,60 jährlich oder 32 s täglich betragen. Ein Arbeiter, der 1500 Beitragsmarken der zweiten Lohnklasse gelebt hat, mithin 30 Jahre ohne Unterbrechung in Arbeit stand, kann mit dem Trost sterben, daß seine Witwe, wenn ihre Erwerbsfähigkeit auf ein Drittel des üb-

lichen Maßes beschränkt ist — sonst nicht! — eine Rente von M 98,40 und sein Kind eine Rente von M 49,20 erhält. Das sind M 147,60, also eine Jahresrente, zum Leben zu wenig, zum Verhungern nicht zu viel!

Die Schikanierung der Rentenempfänger durch Entziehung der Rente soll auch für diese Versicherung gelten. Wenn die Witwe nach Ansicht des Versicherungsamts nicht mehr invalid ist, kann ihr die Rente auch wieder entzogen werden.

Eine solche Versicherung führt nur den Namen einer Wittwen- und Waisenfürsorge, in Wirklichkeit kann hier von einer kräftigen sozialen Fürsorge nicht die Rede sein.

Diese wenigen Punkte mögen vorläufig genügen, einen Einblick in die Versicherungsreform zu geben, wie sie nach zwanzigjährigem Warten auf eine gut ausgebaute Versicherung geboten wird. Sie erfüllt nicht einmal bescheidene Ansprüche, enthält aber Verkümmernungen bisher bestandener Rechte, die deutlich ihre Tendenz verrät. Die Arbeiter werden um das Einsparungsrecht der Wittwen- und Waisenfürsorge ihre Selbstverwaltungsrechte in den Krankenkassen nicht preisgeben dürfen und der Entwurf muß eine ziemlich weitgehende Umgestaltung erfahren, ehe ihm zugestimmt werden kann.

Die Lebenshaltung der Arbeiter.

Die bedeutende Preissteigerung der wichtigsten Nahrungs- und Verbrauchsartikel hat besonders in letzter Zeit die Frage immer dringender gestaltet: „Kann der Arbeiter mit seinem Lohn auskommen, ist es ihm möglich, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sich und seine Familie dergestalt zu ernähren, daß den dringendsten gesundheitlichen Anforderungen Genüge geleistet ist?“

Wir haben bereits kürzlich im allgemeinen nachgewiesen, daß das nicht möglich ist, daß vielmehr infolge des ungenügenden Verdienstes in den meisten Arbeiter- und auch kleinen Beamtenfamilien die Sorge ein steter Gast ist und eine Unterernährung Platz gegriffen hat, die namentlich im Hinblick auf unsere Nachkommen äußerst bedenklich erscheint.

In erfreulicher Weise sind in den letzten Jahren die Arbeiter mehr und mehr zu der Einsicht gekommen, daß sie ihre Lebenslage an der Hand statistischen Materials besser als mit Worten beleuchten können.

Mit diesen Aufzeichnungen können falsche Behauptungen richtig gestellt und es kann — als wichtigstes Moment — die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage der Arbeiter orientiert werden.

In den Köpfen der Ausbeuter und auch in vielen andern Gehirnen spuken ja vielfach noch „die Begehrlichkeit der Arbeiter“ und die „unnützig weggeworfenen Arbeitergroßchen“ in hohem Maße. Ihre „gehobene Lebenslage“ ist bald sprichwörtlich und es ist dringend nötig, diese Ansichten auf das richtige Maß zurückzuführen. Nachstehendes Haushaltsbudget eines Mannheimer Kollegen liefert uns drahtisches Beweismaterial für die „gehobene“ Lage der Arbeiter.

Unser Gewährsmann hat für das verfloßene Jahr 1908 genau Buch geführt über Einnahmen und Ausgaben. Vorbemerkt sei, daß die Familie aus acht Köpfen besteht, da sechs Kinder, worunter drei schulpflichtig, vorhanden sind. Zwei Kinder für einen Erwachsenen gezählt, haben wir also mit fünf Personen zu rechnen. Trotz der Krise hat der Mann das ganze Jahr Beschäftigung gehabt, die nur durch eine vierzehntägige Krankheit unterbrochen war. Bei neuneneinhalbstündiger Arbeitszeit und einem Stundenlohn von 51 s betrug der Jahresarbeitsverdienst M 1385,67, wozu noch M 9,26 aus Ueberstunden kommen, so daß sich der Gesamtarbeitsverdienst auf M 1394,93 stellt. Mit dieser Summe konnte der Lebensunterhalt für die achtköpfige Familie nicht bestritten werden und die Frau war daher zum Miterwerb gezwungen. Sie verdiente mit schlecht bezahlten Näharbeiten bei angestrengtester Arbeit M 344,15. Während der Krankheit des Mannes zahlte die Krankenkasse und der Verband, dem der Mann angehört, M 44,30 Unterstützung. Mit diesen Beträgen erhöht sich die Einnahme für 1908 auf M 1783,38.

Trotz äußerster Sparsamkeit konnten die für die Familie notwendigen Ausgaben mit dieser Summe nicht gedeckt werden. Obwohl namentlich an den Nahrungsmitteln, wo es ging, gespart wurde, belaufen sich die Gesamtausgaben auf M 1919,55, so daß ein Defizit von M 136,17 entstand, das teils durch Verwandte, teils durch Aufnahme eines Darlehens gedeckt wurde.

Die Ausgaben im einzelnen verteilen sich auf folgende Posten:

Brot	M. 290,27	Mehl, Suppeneinlage	M. 32,45
Kartoffeln	58,24	Gewürze	6,95
Milch, Kindernahrung	187,63	Zucker	16,95
Fleisch und Wurst	126,18	Obst, Eingemachtes	41,95
Butter	8,85	Kaffee, Tee, Kakao	30,94
Eier	15,57	Insgesamt für	
Fett, Margarine	58,97	Nahrungsmittel	M 854,36
Gemüse, Hülsenfrüchte	29,41		

Auf einen Kopf der Familie entfallen also M 106,79 für diesen Zweck oder M 170,87 pro erwachsene Person. Es bedarf eigentlich gar keiner weiteren Worte, um zu beweisen, daß diese Summe zu gering ist, um 365 Tage davon leben zu können. Wer will die Behauptung wagen, daß ein Erwachsener mit nicht ganz 47 s pro Tag seinen Lebensunterhalt bestreiten kann?

Wenn wir die Lebensmittelausgaben unsres Gewährsmannes näher betrachten, finden wir, daß die Familie in erster Linie von Brot und Kartoffeln gelebt hat. Rund 25 pzt. der Ausgaben für Nahrungsmittel sind für diesen Zweck aufgewendet worden. Ob die Familie satt zu essen hieron hatte, ist die Frage.

Da uns auch die Preise der Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, können wir das etwas näher untersuchen. Der Schwarzbrotpreis betrug in Mannheim im Jahre 1908 durchschnittlich 30 s pro Kilogramm. Rechnen wir das gewöhnliche Frühstücksbrot zum selben Preis und Gewicht,

was nicht ganz zutreffend, aber der Einfachheit halber geboten ist, finden wir, daß die Familie 967 Kilogramm konsumiert hat. Ein Erwachsener hat danach 193 Kilogramm Brot verzehrt, das sind rund 530 Gramm pro Tag, also etwas über ein Pfund; der Verbrauch an Kartoffeln betrug rund 16 1/2 Zentner, das sind pro Tag 4 1/2 Pfund. Der Milchverbrauch belief sich auf 620 Liter, und ist dieser Konsum wohl in erster Linie auf die große Kinderzahl zurückzuführen; umgerechnet kommt auf den Kopf der Familie täglich 1/3 Liter. An Fleisch wurden bei einem Durchschnittspreis von 70 s pro Pfund 61 Pfund konsumiert, pro Kopf 11 Gramm täglich, oder fünf Erwachsene gerechnet 117 Gramm pro Woche und Erwachsener.

Die Wochenration eines deutschen Marinefeldaten an Fleisch beträgt 800 Gramm Rindfleisch, 750 Gramm Schweinefleisch und 800 Gramm Hammelfleisch, insgesamt 2350 Gramm, das ist zwanzig mal mehr. Allerdings hat unser Mann auch 200 Gramm Wurst pro Woche und pro erwachsene Person verbraucht, die als Fleisch gerechnet sind. Damit erhöht sich der Fleischkonsum auf 317 Gramm pro Woche, die Marineverwaltung hält dagegen 2350 Gramm pro Woche zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig.

Für Butter wurden in unserm Budget M 8,85 ausgegeben, das sind 6 1/2 Pfund im ganzen Jahre; dagegen wurden etwa 70 Pfund Margarine konsumiert, die ja als die „Butter des kleinen Mannes“ bekannt ist.

Auf die einzelne Woche umgerechnet, betrug der Verbrauch an Fett (Butter und Margarine) nur 146 Gramm pro erwachsene Person.

Ähnliche Verhältnisse ergeben sich beim Gemüse, Mehl, Zucker usw. Überall nur das Notdürftigste, das, was gerade hinreicht, den direksten Hunger der Kinder zu stillen, aber nie genügt, um sie kräftig und rationell zu ernähren.

Wir kommen nun zu den sonstigen Ausgaben, die von Unternehmenseite meist gar nicht gebührend gemüdiget werden, im Haushalt des Arbeiters aber das meiste Kopfschmerz, die meiste Sorge machen. Da sind für die Kinder neue Schuhe zu beschaffen, dort fehlen warme Kleidungsstücke, dringend sind Unterkleider nötig, ein Kind braucht eine Mütze, das andre ein paar Strümpfe. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht die eine oder andre Anforderung an den Haushaltsvorstand herantritt. Dazu kommen die Miete, die Steuern, Heizung und Beleuchtung, Ausgaben für Gesundheitspflege und die tausenderlei kleinen Ausgaben für den Haushalt: Faden, Knöpfe, Wolle, Wische, Scheuerlappen usw. Jede Hausfrau weiß ein Lied davon zu singen, wie gerade diese „Kleinigkeiten“ ein Loch in das Haushaltsbudget reißen.

Vorausgabe wurden in unserm Fall für:

Seife, Soda, Waschmittel	M. 30,09
Wohnungsmiete	264,—
Fahrgelder	27,59
Steuern	21,90
Heizung und Beleuchtung	89,33
Schulbedarf für Kinder	3,55
Versicherungs- und Vereinsbeitrag	106,86
Kleidung, Neuanfassungen, Reparaturen	373,10
Apothek, Gesundheitspflege	7,45
Sonstige Ausgaben	52,57
Bier und sonstige Getränke	55,41
Zigarren und Tabak	2,08
Bildung, Unterhaltung	31,26
Insgesamt	M 1065,19

Die hohe Ausgabe für Seife beweist, daß die Frau reinlich und bestrebt war, ihre Sachen ordentlich imstande zu halten. Der Mietpreis ist für Mannheimer Verhältnisse nur deshalb so gering, weil die Wohnung (drei Zimmer) in einem Vorort liegt; hieraus resultiert auch die Ausgabe für Fahrgelder. Die Ausgaben für Versicherungen- und Vereinsbeiträge verteilen sich auf die Krankenversicherung, Alters- und Invalidenversicherung, eine Kinderversicherung und die Beiträge für den Verband. Unter den Ausgaben für Neuanfassungen figurieren Kinderwäsche, da im Laufe des Jahres eine Geburt zu verzeichnen war, hieraus und aus dem Tod dieses Kindes resultieren auch in der Hauptsache die „sonstigen Ausgaben“. In dem Posten Bier usw. sind auch sonstige Getränke enthalten; es wurde ziemlich viel Limonade usw. konsumiert; die eigentlichen Ausgaben für Bier waren sehr gering. Für Bildung, Zeitungen, Bücher, Vergnügen usw. blieb nur ein geringer Betrag. An größeren Vergnügungen konnte überhaupt nicht gedacht werden. Ein ganzer Teil dieser Ausgaben entstand bei Ausflügen ins Grüne mit den Kindern und dergleichen.

Klar und deutlich haben wir die Lebenshaltung eines Arbeiters vor uns liegen. Kein besonderer Umstand störte sie. Der Mann hatte das ganze Jahr Beschäftigung; er hatte sogar gutbezahlte Beschäftigung, denn einen Stundenlohn von 51 s haben nicht viele Arbeiter Mannheims. Aber mögen wir auch jeden Ausgabeposten nachprüfen, wir können immer nur finden, daß gespart wurde, wo es ging und wie es ging. Nichts Wertloses, Unnütziges wurde gekauft, alles war zwingend zur Anschaffung nötig.

Und dabei trotzdem ein erhebliches Defizit, das auch im neuen Jahr nicht ausgeglichen werden kann, denn die Lebenshaltung ist um kein Jota billiger geworden, dagegen aber steigen die Ausgaben für die heranwachsenden Kinder immer mehr. Wie mag dem Manne zu Mute sein, wenn er auf das verfloßene Jahr zurückblickt? Und wieviel Seelen- und Charakterstärke gehört dazu, um unter solchen ungünstigen Verhältnissen den Kopf oben zu halten und nicht verzagen?

Die bürgerliche Gesellschaft vermag sich in die Lage der Arbeiter nicht hineinzubedenken, denn sonst würde das Gerebe von den unzufriedenen Arbeitern bald aufhören. Selbstredend sind sie unzufrieden, denn sollen sie zufrieden sein, wenn sie das ganze Jahr gearbeitet haben und trotz Hungerns und Sorgen der Verdienst nirgend hinreichen will?

Wie es denen geht, die von dem Schredgespenst Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, wollen wir ein andermal beleuchten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Lohnbewegung in den Bäckereien und Konditoreien Münchens.

Tarifabschluss mit der Firma Ant. Seidl, G. m. b. H.,
Igl. Hofbäckerei.

Mit obiger Firma wurde am 1. April unter Vorhitz des Gewerbegerichtsvorstandes verhandelt. Von Seiten der Innung wurde die Firma durch Herrn Goser unterstützt. Des längeren wurde wieder über die Erlohnfrage gesprochen, doch wollte die Firma unter keinen Umständen hier etwas zugehen, obwohl durch die fünfzehntägige Sonntagsruhe für die Bäcker der Firma gleichfalls besondere Ausgaben entstehen. Man mußte notgedrungen auch hier den Ruhetag zurückstellen.

In der Lohnfrage wurde für je 14 Kollegen der Lohn von M 20,50 und M 21,50 auf M 24 erhöht. In der Spartenenteilung wurden die letzten 14 Posten aufgehoben, ebenso bei den Tafelarbeitern, Schieferposten und einzelne selbständige Posten Verschiebungen zugunsten der Kollegen vorgenommen, so daß eine durchschnittliche Lohnerhöhung von M 3,05 herauskam; außerdem wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt und der Urlaub bedeutend verbessert, auch sonstige wichtige Bestimmungen in den neuen Tarifvertrag aufgenommen. Zugleich wurde für die Brot-einzähler verhandelt und in den einzelnen Punkten die gleichen Zugeständnisse wie bei den Bäckern gemacht.

Anschließend hieran wurde über den Konditorentarif verhandelt. In der Lohnfrage wurde der Mindestlohn von M 21 auf M 24 erhöht. In der Ruhetagsfrage machte Kollege Ebert den Vorschlag, den Konditoren-Gilfsarbeitern und Arbeiterinnen einen solchen jeden dritten Sonn- und Feiertag zu gewähren. Nach weiteren Erwägungen stimmten Herr Direktor Kreißl und Herr Girisch dem zu, daß alle in der Konditorei Beschäftigten jeden vierten Sonntag frei bekommen.

In Betriebsversammlungen am 2. April, von denen eine um 4 Uhr, die andre um 6 Uhr stattfand, wurde über die Zugeständnisse berichtet. Manchem Kollegen waren dieselben zu gering und wurden aus beiden Versammlungen noch weitere Wünsche laut.

Programmäßig folgten dann am 3. April weitere Verhandlungen, bei denen in einigen Punkten noch Verbesserungen erreicht wurden, und zum Schluß folgende Tarife zum Abschluß gelangten. (Die allgemeinen Bestimmungen des mit der Innung abgeschlossenen Tarifs gelten auch für diesen Betrieb!)

München, den 3. April 1908.

Betreffend Lohnarif
für die Bäcker bei der Firma
Ant. Seidl, G. m. b. H.

Zwischen der Firma Anton Seidl, G. m. b. H., und dem Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Mitgliedschaft München, kommt folgender

Tarifvertrag

zustande:

Für die Firma Seidl gelten die sämtlichen mit der Bäckervereinigung München vereinbarten, tariflichen Bestimmungen mit folgenden Änderungen:

I. Es werden folgende Sparten gebildet:

1. a) Schiefer	M. 32,50
b) Vize-Schiefer	30,50
2. a) Tafelarbeiter 1. Klasse	27,50
b) Tafelarbeiter 2. Klasse	25,—
3. Postler	24,—

II. 1. Zu den Schiefern zählen auch die Oberbäckereistellvertreter, der Feinbäckerschiefer und der Oberschwarzbäcker.

2. Von den Tafelarbeitern fallen zehn in die erste und zehn in die zweite Klasse.

3. Vizeschiefer kommen nach einhalbjähriger Beschäftigung beim Ofen bei Brauchbarkeit in die Schiefer-Klasse.

4. Der Obermelber und der Heizer erhalten um M 1 mehr als die übrigen Gehilfen.

5. Gehilfen, welche nur teilweise, aber nicht länger als fünf Stunden, am Ofen arbeiten, erhalten eine weitere Zulage von M 2 pro Woche.

6. Während der Dauer des Tarifvertrages darf bei Postenwechsel keinerlei Verschlechterung stattfinden.

III. Für Ueberstunden und Sonntagsjournale werden pro Stunde 45 s vergütet.

IV. Die Arbeitszeit beträgt einschließlich einer halbstündigen Pause elf Stunden.

V. In Urlaub werden gewährt:

nach halbjähriger Beschäftigungsdauer	3 Tage
„ einjähriger	7 „
„ zweijähriger	10 „
„ dreijähriger	12 „
„ vierjähriger	14 „

Der Urlaub wird, soweit es für die Firma tunlich ist, in der Zeit vom Mai bis September gewährt.

VI. Die Lohnzahlung erfolgt jeweils am Freitag nach Arbeitsluß.

VII. Die Kündigung ist mögentlich und darf nur am Lohnzahlungstag stattfinden.

(Unterschriften.)

*

München, den 3. April 1908.

Betreffend Lohnarif
für die Brotzähler bei der Firma
Ant. Seidl, G. m. b. H.

Zwischen der Firma Ant. Seidl, G. m. b. H., und dem Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Mitgliedschaft München, kommt folgender

Tarifvertrag

zustande

Der unterm 16. November 1906 abgeschlossene Tarifvertrag wird mit folgenden Änderungen erneuert:

I. Ziffer 1 erhält folgenden Wortlaut:

Der Mindestlohn beträgt M 25, nach einjähriger Beschäftigung M 26. Die Löhne erhöhen sich ab 1. April 1911 um je M 1.

II. Ziffer 2 lautet:

Die Lohnzahlung erfolgt jeweils am Freitag nach Arbeitsluß.

III. In Ziffer 1. Der erste Satz dahin geändert: Die Firma gewährt unentgeltlichen Frühkaffee usw. (siehe Anhang).
 IV. In Ziffer 5 wird statt „30 s“ „45 s“ gesetzt.
 V. Der Urlaub ist der gleiche wie bei den Bäckern.
 VI. Die Kündigung ist wöchentlich und darf nur am Lohnzahlungstag stattfinden.
 VII. Eine Verschlechterung bisheriger besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen darf nicht stattfinden.
 VIII. Streitigkeiten, welche aus dem Tarif entstehen, werden durch die Vertragsparteien zu schlichten gesucht. Sollte hier keine Einigung erzielt werden, so wird die Sache durch ein Tarifamt, bestehend aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und je einem unbeteiligten Vertrauensmann der beiden Vertragsparteien endgültig entschieden.
 IX. Die Dauer des Tarifs ist die gleiche wie bei dem allgemeinen Bäckertarif.

(Unterschriften.)

Alle Bestimmungen des Brotzählertarifs.

Anhang zu Punkt 3: Ferner Wäsche und Brot zum sofortigen eignen Gebrauch innerhalb des Betriebes und außerdem zehn Brote zum Mitnehmen nach Hause als freiwillige Gabe.
 Die Arbeitszeit ist eine zehneinviertelstündige, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen beträgt dieselbe in der Regel sieben Stunden.
 § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches kommt nach Maßgabe der im Betriebe eingeführten Arbeitsordnung zur Anwendung.
 Wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen Maßregelungen nicht stattfinden.

München, den 3. April 1909.

Betreffend Lohnstarif für die Konditoren bei der Firma Ant. Seidl, G. m. b. H.

Zwischen der Firma Ant. Seidl, G. m. b. H., und dem Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Mitgliedschaft München, kommt folgender

Tarifvertrag

zustande
 Der unterm 26. März 1906 abgeschlossene Tarifvertrag wird mit folgenden Änderungen erneuert:

I. Der Anfangslohn für Konditoren und Hilfsarbeiter beträgt M 24 pro Woche. Die sämtlichen übrigen Löhne werden bis zum Betrage von M 24 einschließlich um M 3, die über M 24 um M 2 sofort aufgebessert. Alle Löhne erhöhen sich ab 1. April 1911 um je M 1 (siehe Anhang).
 Die Löhne der Hilfsarbeiterinnen werden in Wochenlohn umgewandelt und erhöhen sich um M 1,50 pro Woche.
 Die ersten vier Wochen gelten für Hilfsarbeiterinnen als Probezeit mit einem Wochenlohn von M 12.

II. Für Jourhaken und Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 pZt. gewährt.
 III. Die Arbeitsdauer beträgt an Werktagen neun-einhalb Stunden.
 Auf die Dauer eines halben Jahres wird versuchsweise folgendes bestimmt:

An den gesetzlichen Feiertagen beträgt die Arbeitszeit überwiegend nicht mehr als vier Stunden, an den Sonn- und nicht gesetzlichen Feiertagen überwiegend nicht mehr als fünf Stunden. Die Konditoren, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten jeden vierten Sonntag frei; an den Samstagen ist unter Wegfall der Nachmittagspause um eine Stunde früher Arbeitschluss.
 Die Gehilfen machen sich verbindlich, die aufgetragene Arbeit innerhalb der festgesetzten Arbeitszeit zu erledigen. Sollte sich dieser Versuch nicht ohne Schwierigkeiten durchführen lassen, so gelten die bisherigen diesbezüglichen Bestimmungen.

Die Ausnahmen für die hohen Festtage und Festzeiten bleiben vollinhaltlich bestehen.
 Für Hilfsarbeiterinnen findet an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen eine Stunde früher Arbeitschluss statt.

IV. Der Urlaub ist für Konditoren und Hilfsarbeiter der gleiche wie bei den Bäckern. Hilfsarbeiterinnen erhalten:

nach einem Jahre	3 Tage
„ zwei Jahren	4 „
„ drei „	5 „

V. Die Lohnzahlung erfolgt jeweils am Freitag nach Arbeitschluss.
 VI. Die Kündigung ist wöchentlich und darf nur am Lohnzahlungstage stattfinden.
 VII. Eine Verschlechterung bisheriger besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen darf nicht stattfinden.
 VIII. Bezüglich der Erledigung von Streitigkeiten gilt das gleiche wie bei dem Brotzählertarif.
 Die Dauer des Tarifs ist die gleiche wie bei dem allgemeinen Bäckertarif.

(Unterschriften.)

Alle Bestimmungen des Konditorentarifs.

Anhang zu Punkt 1. Der Mindestwochenlohn erhöht sich bei den Konditoren nach einer halbjährigen Beschäftigungsdauer auf M 26, nach einem weiteren Jahr auf M 28. Bei längerer Beschäftigung erhöht sich der Lohn je nach Leistung. An Sonntagen erhalten die Gehilfen Kaffee gratis.
 Sämtliche Gehilfen haben nach Maßgabe des § 119 a der Gewerbeordnung eine Kautions in der Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohns zu stellen.
 Den Gehilfen wird vollständige Koalitionsfreiheit zugesichert.

Internationales.

Jahresbericht der Kollegen Hollands.
 Derselbe lag den Kollegen auf dem Jahreskongress, welcher Ostern in Rotterdam tagte, vor. In dem Bericht heisst es: „Unsre Erwartungen sind nicht ganz in Erfüllung gegangen; wir glaubten die Mitgliederzahl auf 1500 zu bringen, dies ist uns nicht gelungen. Aber dennoch haben wir keine Ursache, zu klagen; denn wir haben in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember eine Zunahme von 368 Mitgliedern und von sechs Mitgliedschaften zu verzeichnen.“

Der Bericht erstreckt sich also auf neun Monate. Auf der vorigen Jahresversammlung wurde die Verschmelzung mit den Konditoren beschlossen, welche am 1. Juli mit 194 Mitgliedern übertraten. Die Hälfte derselben ging aber wieder verloren. Ferner schloss sich in Amsterdam der Israelitische Bäckerverein mit 60 Mitgliedern der Zentralorganisation an; deren Zahl hat sich inzwischen noch vermehrt. Insgesamt sind 690 neue Mitglieder beigetreten und 322 ausgetreten. Im letzten Berichtsjahr ist der Mitgliederbestand um 38 pZt. gestiegen (32 pZt. im Vorjahr). Es soll hier noch erwähnt werden, wie gut sich der Bund in den 18 Monaten nach der Reorganisation entwickelt hat. Am 1. Juli 1907 wurde die Zentralorganisation ähnlich wie in Deutschland eingeführt; vordem bestand der Bund gewissermassen aus unabhängigen Lokalmithgliedschaften. Der Bund zählte am 1. Juli 1907 742 Mitglieder, am 31. März 1908 998 und am 31. Dezember 1908 1360 Mitglieder; dies ist ein schönes Resultat und gibt, wie es im Bericht schon heisst, keine Ursache zur Klage.
 Nach der Verschmelzung mit den Konditoren war es nötig, das Fachblatt zu vergrössern, weil die Konditoren auch eine Rubrik für ihre Angelegenheiten wünschten. Der Bund ist dem Internationalen Bäckersekretariat angeschlossen.
 Kollege Lousberg wurde mit der Korrespondenz beauftragt; wir empfangen auch regelmässig ausländische Blätter und Propagandaschriften vom deutschen Bäckerverband.

Hauptversammlung der österreichischen Zuckerbäcker. Der Zentralvorstand unserer österreichischen Bruderorganisation beruft zum 30. und 31. Mai 1909 die ordentliche Hauptversammlung nach Wien ein. Auf der provisorischen Tagesordnung steht: 1. Berichte: a) des Vorstandes, b) der Kontrolle. 2. Organisation und Agitation. 3. Fachpresse. 4. Arbeitsvermittlung. 5. Wahl der Vereinsleitung, der Kontrolle und des Schiedsgerichts. 6. Sonstiges, das unter obigen Punkten der Tagesordnung nicht erledigt wurde.
 Bisher liegen Anträge besonders in bezug auf die Arbeitsvermittlung, das Unterstützungswesen und Erhöhung der Beiträge vor. Wir werden zu gegebener Zeit über den Verlauf der Tagung berichten.

Jahresbericht des Verbandes der Bäckerarbeiter Oesterreichs.

Wiewohl von den Wirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis des Vorjahres auch das Bäckergewerbe nicht verschont wurde, so ist dennoch eine merkliche Aufwärtsbewegung in unserm Verbands für das Vorjahr zu konstatieren. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1908 streng statutarisch gezählt 6652, um 312 Mitglieder mehr als im Jahre 1907. Am deutlichsten ist die Aufwärtsbewegung unsres Verbandes seit der Gründung desselben durch die nachfolgende Tabelle veranschaulicht.

Mitgliederstand am 31. Dezember							
1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	
2095	3217	4296	5009	6399	6340	6652	

Also mit Ausnahme des Jahres 1907, in dem der Verband den grössten Kämpfen ausgesetzt war, ist die Mitgliederzahl stets gestiegen. Das Gefüge unsrer Organisation wird trotz aller Anschläge und Bemühungen der vereinigten Gegner des Klassenkampfes dennoch immer gefestigter. Die christlichen und nationalen Schutztruppen der Ausbeuter haben sich umsonst bemüht, der Entwicklung unsrer Organisation Einhalt zu tun und ihre Bemühungen müssen auch künftig eine Sisyphusarbeit bleiben. Das Bäckerproletariat in Oesterreich empfindet zu gut, wozu die Meister diese Verräterorganisationen benötigen und sie begünstigen, weshalb es auch nur der Abschaum der Gehilfen ist, aus dem sich der Anhang der Christlich-Nationalgelben rekrutiert.
 Das Netz des Verbandes erstreckt sich über ganz Oesterreich; in 90 Städten befinden sich Mitgliedschaften des Verbandes, in fünf Sprachen erscheint die Fachpresse, (deutsch, czechisch, slovenisch, italienisch, polnisch) und in fünf Sprachen sind auch alle Verbandsdrucksachen eingeführt. Die Korrespondenz der Verbandszentrale wird gleichfalls in allen diesen Sprachen erledigt, so dass unser Verband allein schon eine wirkliche „Internationale“ darstellt. Bedauerlich ist, dass die Prager Kollegen eine entgegengesetzte Richtung in Bezug der Konzentration der Kräfte zu einer einheitlichen Organisation eingeschlagen und ihre Organisation in einen czechoslawischen Reichsverband umgewandelt haben. Dass diese Abschwenkung der Prager Genossen zugleich eine Lostrennung vom Internationalen Sekretariat zur Folge hatte und dass damit auch die Isolierung dieser Organisation ausgedrückt erscheint, beweist, wie wenig praktische Vorteile den Czechen die Lostrennung bringt. Im Lande selbst kam es an verschiedenen Orten in verschiedener Form deshalb zu bitteren Reibungen der czechischen Kollegen untereinander, weshalb nicht zuletzt der Rückgang der Mitglieder unseres Verbandes in Böhmen und Mähren durch diese Zwistigkeiten als motiviert erscheint. Ob es in der nächsten Zukunft nach dieser Richtung bei uns besser sein wird, kann nach dem Stand der Strömungen schwer vorausgesagt werden.

Nach Kronländern geordnet verteilen sich die Mitglieder folgenderweise:

Wien	2617 Mitglieder
das übrige Niederösterreich	574 „
Steiermark	985 „
Kärnten	221 „
Tirol	448 „
Salzburg	184 „
Oberösterreich	289 „
Böhmen	203 „
Mähren und Schlesien	168 „
Galizien und Bukowina	395 „
Krain und Küstenland	424 „
Dalmatien	67 „
Einzelzahler	77 „

Summa... 6652 Mitglieder

Dem Prager Verband gehören zirka 2000 Mitglieder an, es sind somit insgesamt gegen 8500 Bäckergehilfen in Oesterreich gewerkschaftlich organisiert. An Beiträgen hat der Verband im Vorjahre eingenommen:

52416 Beiträge 1. Kl. à 60 Heller =	K. 31449,60
128774 „ 2. „ à 80 „ =	„ 103019,20
64128 „ 3. „ à K. 1.— =	„ 64128,—
70 „ der Lehrlinge à 10H. =	„ 7,—
Summa...	K. 198603,80

In Prozenten ausgedrückt ergibt sich, dass 52 1/2 pZt. der Mitglieder der 2., 26 1/7 pZt. der 3., und 21 1/3 pZt. der 1. Beitragsklasse angehören. Die erste Beitragsklasse dominiert in jenen Mitgliedschaften, die die niedrigste Lohnstufe aufweisen und die noch nicht soviel Kraft und Festigkeit besitzen, um mit den Hungerlöhnen, mit Kost und Logis aufzuräumen. Diesen schlechtentlohten Kollegen muss der Verband demnach seine Aufmerksamkeit zuwenden und die Hebung der Löhne mit aller Energie fördern.
 Die Zahl der Neubeitritte ist gegen das Jahr 1907 um 1771 zurückgegangen; es sind insgesamt im verfloffenen Jahr 3084 Neubeitritte zu verzeichnen. Es war eben ein Jahr der Krisis, in dem wir verhältnismässig wenige Lohnbewegungen hatten und unsere Kraft auf die Erhaltung des Standes der Organisation konzentrieren mussten. Und dieses ist dem Verbands auch in grösserem Umfange gelungen als im Jahre 1907. Während im Jahre 1907 nicht weniger als 4914 Mitglieder verfallen sind, wurden im Berichtsjahr 2772 Verfallene gezählt.
 Welchen Verlust an Beiträgen der Verband durch die Einrichtungen der Beitragsbefreiungen erleidet, wie weit aber zugleich diese Einrichtung zur Festigung und Stabilität der Organisation beiträgt, zeigt, dass bei einem Stande von 6652 Mitglieder nicht weniger als 3935 Mitglieder für 58164 Wochen von der Beitragszahlung infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Militärdienst befreit wurden. Von den Beitragsbefreiungen entfallen 36592 Wochen auf Arbeitslosigkeit, die den Nachweis für die erschreckend lange und umfangreiche Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe drastisch illustriert.

Den Gesamteinnahmen des Verbandes im Betrage von Kr. 256 795,77 stehen folgende Ausgaben gegenüber:

Arbeitslosenunterstützung	Kr. 57583,50
Gemassregeltenunterstützung	„ 897,—
Reiseunterstützung	„ 3987,60
Krankenunterstützung	„ 35111,50
Hinterbliebenenunterstützung	„ 1450,—
Krankenversicherung der Arbeitslosen	„ 1483,50
Rechtsschutz	„ 929,13
Organisation und Agitation	„ 9416,74
Verwaltung, persönlich	„ 11779,34
„ sachlich	„ 9915,44
Kassiererprovisionen	„ 2288,89
Bildung und Unterricht	„ 1753,16
Bibliothek	„ 675,40
Inventar	„ 1417,84
Dritter Verbandstag	„ 3931,54
Gewerkschaftskommission	„ 1713,86
Solidaritätsfonds	„ 2536,95
Fachblatt	„ 14782,80
Reservfonds	„ 68788,10
Quote an die Mitgliedschaften	„ 9753,67
Sonstige	„ 337,29
Abzug für Guthaben	„ 15,18
Kassenbestand am 31. Dezember in der Zentrale	„ 307,14
Kassenbestand am 31. Dezember in den Mitgliedschaften	„ 1767,61
Von den Mitgliedschaften am 31. Dezember ausständig	„ 14472,59
Summa...	Kr. 256795,77

Die Unterstützungsausgaben sind hinsichtlich der Unterstützung für Arbeitslose und Gemassregelte gegen das Jahr 1907 um Kr. 10000 zurückgegangen. Dieses erklärt sich dahin, dass im Jahre 1907 sehr viele Mitglieder als Opfer der grossen Lohnbewegungen nach Abschluss derselben in den Genuss der Arbeitslosen- resp. Gemassregeltenunterstützung getreten sind.

Sehr interessant für die Bedeutung der Organisation ist die nachfolgende Tabelle, die die ausgezahlten Summen für Unterstützungen veranschaulicht. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen für

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen
Arbeitslose	10516,16	21144,06	33442,92	48081,40	66447,70	57583,50
Gemassregelte	1327,—	2022,40	1255,—	582,50	2166,30	597,—
Reisende	642,10	1012,66	1806,80	2171,20	2874,05	3987,60
Hinterbliebene	300,—	361,80	730,—	1140,—	871,—	1450,—
Notfall	—	—	633,30	—	—	—
Kranke	5641,60	14038,—	28096,70	34750,12	30454,80	35111,50
Krankenversicherung	1044,17	1617,04	1515,07	1653,82	4163,26	1483,50
Summa...	19470,03	41195,96	67279,69	88679,04	106977,11	100213,10

Es wurden in diesen sechs Jahren somit nur für Unterstützungen allein K. 423 813.— verausgabt.

Lohnbewegungen fanden in sieben Städten statt; davon kam es in Krakau, Pola, Gorlice und Mährisch-Trübau zu Streiks, die insgesamt 47 Tage gedauert haben. In drei Städten gelang es, ohne Streik eine Reform der Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

Auch die Arbeitsvermittlung des Verbandes weist eine Steigerung auf, obwohl hier noch sehr vieles zu wünschen übrig bleibt. Die Arbeitsvermittlung bildet eine Machtfrage, weshalb es hier nur dann zufriedenstellende Resultate geben wird, wenn das Gros der Bäckergehilfen dem Verbands angehören und den vollen Einfluss unter allen Umständen auf die Benutzung der Arbeitsvermittlung des Verbandes ausüben wird. Solange der Arbeitsmarkt von den Ausbeutern beherrscht ist, solange gibt es hier nur Teilerfolge. Die rastlose Arbeit in der Agitation wird zuversichtlich in diesem

Jahre neue Erfolge dem Verbands zuzuführen zum Wohle der Enterbten und Unterdrückten, zum Wohle der Gesamtheit des Bäckerproletariats. Wir marschieren!
Z. J.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42). (Sitz Dresden.)

Jahresbericht für 1908.

Einnahme: Kassenbestand am 1. Januar 1908 M. 8551,15, 1202 Eintrittsgelder à M. 1,50 M. 1803, 15 681 Beiträge 1. Klasse à M. 2,50 M. 39 202,50, 27 560 Beiträge 2. Klasse à M. 2,30 M. 63 388, 10 595 Beiträge 3. Klasse à M. 2,10 M. 22 249,50, Restbeiträge M. 2051,34, Ersparleistungen M. 1318,07, sonstige Einnahmen M. 761,70, Zinsen M. 1641,15, zurückgezogene Kapitalien M. 41 511,60. Summa M. 182 478,01. Ausgabe: Für ärztliche Behandlung M. 18 887,06, für Arznei und Heilmittel M. 8190,08, Krankengelder 1. Klasse 10 776 Tage à M. 1,90 M. 20 474,40, Krankengelder 2. Klasse 15 107 Tage à M. 1,75 M. 26 437,25, Krankengelder 3. Klasse 8439 Tage à M. 1,60 M. 13 502,40, Krankengelder 3. Klasse 67 Tage à M. 1,50 M. 100,50, Krankengelder für Familienangehörige M. 810,63, Kurz- und Pflegekosten 7575 Tage M. 18 899,11, an Untergrachte in Heilanstalten M. 502,80, Ersparleistungen 567 Tage M. 1561,12, Sterbegeld in 20 Fällen M. 1880, zurückgezahlte Beiträge M. 79,45, persönliche Verwaltungskosten M. 16 321,80, sachliche Verwaltungskosten M. 4325,42, sonstige Ausgaben M. 672,13, angelegte Kapitalien M. 41 900, Kassenbestand am 31. Dezember 1908 M. 7344,66. Summa M. 182 478,01. Vermögensausweis: Bestand in der Hauptkasse M. 2724,88, Bestand in den örtlichen Verwaltungsstellen M. 4596,78, Kautions bei der städtischen Gasanstalt M. 30, M. 3300 in 3/4proz. Preuß. Konjols (94,70) M. 3125,10, M. 25 000 in 4prozentigen Hypotheken-Pfandbriefen (101,75) M. 25 437,50, M. 13 000 auf 4prozentiger Hypothek M. 13 000, Sparkasteneinlagen zu 3 1/2 pZt. M. 4000, Bankeinlagen zu 3 pZt. M. 1430,77. Summa M. 54 368,03, 1907 M. 54 622,22, weniger M. 264,19.

Krankentatistik für 1908.

Infektions- und allgemeine Krankheiten: Masern 3 Fälle (84 Tage), Scharlach 1 Fall (34), Rote 8 Fälle (125), Infuenza 199 (3078), Syphilis 10 (382), Drüsenentzündungen 10 (196), Typhus 1 Fall (69), Tripper 33 Fälle (834), andre Geschlechtskrankheiten 41 (905), Zellgewebsentzündungen an Händen und Armen 49 (499), Zellgewebsentzündungen an Füßen und Beinen 58 (695), Karbunkel und Schwäre 55 (579), Blutarmut 20 (443), Hautkrankheiten: Krätze 10 Fälle (66), akute Hautkrankheiten 40 (730), chronische Hautkrankheiten 10 (203), Unterschenkelgeschwüre 28 (407), Krankheiten der Muskeln und Sehnen: Rheumatismus 361 (5685), Sehnenentzündung 32 (370), Entzündungen einzelner Gelenke 81 (1170), Plattfuß 18 (372), Krankheiten des Herzens 30 (656), der Venen 8 (257), Krankheiten der Nerven und Sinnesorgane: Geisteskrank 2 (98), Rückenmarkskrankheiten 3 (184), Schlaganfall 2 (205), Nervenentzündungen 18 (410), Neuralgie 16 (390), Neuralgie 16 (400), Augenkrankheiten 38 (705), Ohrenkrankheiten 24 (611), Krankheiten der Atmungsorgane: Krankheiten der Nase 20 (184), Krankheiten des Kehlkopfes 10 (217), Krankheiten der Luftröhre 104 (1155), Bronchitis 44 (784), Lungentatarrh 105 (3607), Lungenentzündung 40 (1017), Lungenblutung 10 (262), Lungenschwindsucht 41 (1410), Brustfellentzündung 22 (619), Rippenfellentzündung 15 (307), Krankheiten der Verdauungsorgane: Unterkieferbruch 1 Fall (103), Nagenentzündungen 70 Fälle (763), Magenatarrh 101 (1523), Magenentzündung 10 (202), Darmatarrh 73 (774), Blinddarm-entzündung 13 (334), Bruchleiden 21 (734), Gallensteine 3 (85), Gelbsucht 2 (61), Erkrankungen der Harnorgane: Nierenentzündung 39 (332), Blasenatarrh 18 (275), Wasserhacht 1 Fall (138), Vergiftungen 6 (136), Verletzungen und Unglücksfälle: Verletzungen und Quetschungen an Händen 101 (1824), Verletzungen und Quetschungen an Beinen 93 (1282), Knochenbrüche 12 (569), Rippenbruch 1 Fall (35), Quetschung des Kopfes 6 Fälle (188), Verrenkungen und Verstauchungen 76 (1241), Wirbelsäulenverkrümmung 1 Fall (145), Verbrennungen 56 Fälle (611), Erfrieren 2 (62), Verletzungen verschiedener Art 61 (881), sonstige Krankheiten ohne Bezeichnung 21 (255). Gesamtsumma 2423 Fälle, 42 907 Tage. Auf jeden Krankheitsfall kommen 17,7 Tage. Von 100 Mitgliedern erkranken 49, auf jedes Mitglied kommen 8,8 Krankheitstage; 1907 von 100 Mitgliedern 48, auf 1 Mitglied 7,7 Tage.

Krankengeld für Kranke im Privat wurde gewährt:

1908 in 2132 Fällen für 34765 Tage	M. 61153,70
1907 " 1805 " " 25273 " "	" 42605,20

1908 mehr in 327 Fällen für 9492 Tage M. 18548,55

Kurz- und Pflegekosten in Heilanstalten:

1908 in 291 Fällen für 8142 Tage	M. 18899,11
1097 " 195 " " 6405 " "	" 14786,15

1908 mehr in 96 Fällen für 1737 Tage M. 4112,96

Die Sterbestatistik weist 20 Fälle mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren auf. Es starben infolge Erkrankung der Lunge und Luftwege 7, an Blutarmut 1, des Magens 4, der Nieren und Blase 2, der Sinnesorgane 2, an Herzleiden 1, Unfall und Verletzung 2, Blutvergiftung 1.

Wenn auch die Beiträge bereits seit November 1907 erhöht wurden, so haben sich die Leistungen der Kasse gegen das Vorjahr bedeutend erhöht.

Die Kasse leistete 1908 pro Mitglied bei einem eingegangenen durchschnittlichen Jahresbeitrag von M. 25,89 M. 22,82 Unterstützung. Der statutengemäße Beitrag beträgt im Durchschnitt pro Jahr M. 27,60. Der Ausfall zwischen dem statutengemäßen und dem eingegangenen Beitrag ist auf die Befreiung der Beiträge während der Erwerbsunfähigkeit und auf eingebüßte Restbeiträge zurückzuführen. Im Jahre 1907 leistete die Kasse pro Mitglied bei einem durchschnittlichen Jahresbeitrag von M. 24,60 M. 17,34 Unterstützung. Das sind Leistungen, welche wohl kaum von einer andern Kasse bei solch niedrigen Beiträgen geleistet werden.

Die hohe Belastung der Kasse im Jahre 1908 ist nur durch die ungünstigen Verhältnisse in einigen örtlichen Verwaltungsstellen verursacht worden, hauptsächlich durch die örtliche Verwaltungsstelle München, welche außer ihrem Kassenbestand von M. 2022,23 noch M. 3100 Zuschuß von der Hauptkasse herbrachte. Die Ursachen dieser ungünstigen Verhältnisse dürften

in München lediglich in dem dort eingeführten System der freien Arztwahl zu suchen sein. Denn München mit einer Durchschnittszahl von 250 Mitgliedern bezahlte für ärztliche Behandlung 1908 M. 1156,99 oder pro Mitglied M. 7,12, während Berlin mit einer Durchschnittszahl von 1770 Mitgliedern nur M. 6029 oder pro Mitglied M. 3,04 für ärztliche Behandlung bezahlte. Doch außerdem durch die freie Arztwahl der Krankenbestand noch wesentlich erhöht wird, dürfte wohl leicht nachzuweisen sein. Aber außerdem gibt es noch einzelne örtliche Verwaltungsstellen, welche jahraus jahrein nur Zuschüsse gebrauchen. In solchen örtlichen Verwaltungsstellen dürfte die Erhebung eines Ertragsbeitrages angebracht sein. Denn es kann doch eigentlich den anheim nicht zugemutet werden, wegen einzelner, fortwährend die Beiträge zu erhöhen!

Eingelandt haben bei örtlichen Verwaltungsstellen Altona M. 1300, Bant 400, Berlin 900, Braunschweig 100, Danzig 100, Dresden 1800, Düsseldorf 850, Eberfeld 400, Frankfurt a. M. 500, Halle a. d. S. 150, Halberstadt 40, Leipzig 350, Mainz 100, Offenbach a. M. 1600, Plauen i. V. 500, Stettin 130, Summa M. 9220.

Zuschüsse erhielten die örtlichen Verwaltungsstellen: Altona M. 300, Cöln a. Rh. 200, Danzig 100, Halle a. d. S. 450, Halberstadt 55, Hannover 200, Harburg a. d. E. 100, Lübeck 100, Magdeburg 350, Meuselwitz 315, München 3100, Wiesbaden 250. Summa M. 5620.

Aus dem Bericht geht wieder hervor, welche Vorteile die Zentralkasse bietet und welche Wohlthaten sie für die deutschen Berufskollegen geleistet hat. Obwohl die Zentralkasse in den vergangenen Jahre sich wieder wesentlich erweitert und an Mitgliedern zugenommen hat, so steht deren Mitgliederzahl in keinem Verhältnis zu der großen Zahl unserer Berufskollegen. Deshalb fordern wir wiederum alle noch fernliegenden Kollegen und Berufsgenossen auf, sich ihrer eignen unter Selbstverwaltung stehenden Berufskrankenkasse, der Zentralkasse, anzuschließen und dieselbe zu ihrem eignen Vorteile weiter ausbauen zu helfen.

Mit kollegialem Gruß

Der Kassenvorstand.

F. A.: Karl Pietzschmann, Vorsitzender.

Protokollauszüge der Sitzungen

vom 16. Januar, 1. u. 16. Februar, 1., 16. u. 30. März 1909.

In dieser Periode erfolgten Beitrittsklärungen nach § 2 des Statuts 344, und zwar 240 Eintritte, 86 Uebertritte und 18 Wiedereintritte; Ausschlüsse nach § 4 erfolgten 346, Austritte 53, Ueberweisungen in die Heilanstalt 29, Bestrafungen nach § 9 in 47 Fällen mit einer Gesamtstrafe von M. 162,90.

Altona. In der Unfallsache Bernh. Wachtel wurde bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft Sektion IV, Hamburg, für die über 13 Wochen geleistete Unterstützung Ersatzanspruch im Betrage von M. 226,20 geltend gemacht. Der Betrag von M. 219,90 ist von derselben eingegangen, das Taschengeld von M. 6,30 wurde abgelehnt.

Braunschweig. In der Unfallsache Otto Bompte wird die Gemährung des erhöhten Krankengeldes abgelehnt, da die Fürsorge von der Kasse über die dreizehnte Woche nach Eintritt des Unfalles übernommen wurde. Die Ersatzansprüche der Kasse von M. 120 sind von der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft Wannebeck zurückgefordert.

München. In der Unfallsache Karl Hansbauer wird der geleistete Mehrbetrag des Krankengeldes von der 5. bis 13. Woche M. 39,69 von dem Betriebsunternehmer zurückgefordert. Der zuviel bezogene Betrag von M. 22,05 ist vom Mitgliede bzw. vom Bevollmächtigten zurückgefordert.

Cöln. Infolge Amtsniederlegung des Bevollmächtigten Josef Dietrich wegen anderweitiger Anstellung wird das bisherige Verwaltungsmittglied, Revisor Peter Diehl, mit der provisorischen Geschäftsführung beauftragt und beauftragt, eine Ergänzungswahl vorzunehmen.

Wannheim. Kenntnisnahme über Eingang der Kautions vom Bevollmächtigten Paul Swinner und des hierüber aufgestellten Kautionscheines.

Hauptkasse. Der Vorstand beschließt, das bei der Spar- und Anleihekasse Lübeck angelegte Kapital zu erheben und zu höherer Verzinsung anzulegen, Zentralkasse. Die Gesuche an den Rat zu Dresden und München um Gewährung der ermäßigten Verpflegungssätze in städtischen Krankenhäusern für unsere Kasse sind beide abschlägig beschieden.

Der Errichtung einer Zahlstelle in Wiesfeld wird stattgegeben.

Kenntnisnahme der Kündigung der Wohnung des Vorsitzenden resp. des Kassenlokals. Der Vorstand beschließt, dasselbe in die im zweiten Stock belegene und angebotene Wohnung zu verlegen.

Der Kassenvorstand.

F. A.: Max Paul, Schriftführer.

—* Anzeigen. *

Mitgliedschaft Hamburg-Altona. Bezirk Altona.

Dienstag, den 27. April, morgens 9 Uhr:

Versammlung

bei Sauer, Allee. Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42). Sitz Dresden.

Örtliche Verwaltungsstelle Halle a. d. Saale.

Sonntag, den 25. April, vorm. 11 Uhr:

Generalversammlung

im „Weissen Ross“, Geiststr. 5.

Tagesordnung: 1. Monatsabrechnung. 2. Wahl eines zweiten Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
[M. 450] Der Bevollmächtigte.

Berufs-Bekleidungs-Industrie

für Bäcker, Konditoren etc.

In starker, solider Verarbeitung.

Drell-Hosen I u. II	Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen	" 3,10, 3,45
Konditor-Jacken I u. II	" 3,45, 3,75
Konditor-Mützen	" 0,40
Hemden, Militär-Besatz	" 1,60
Hemden, Barchend ed. Flanel	" 1,60-2,65
Hemden, weles, Suxlin-Hosen etc.	"

Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.
Platzbestellungen per Karte werden sofort ausgeführt.
Bei Bestellung günstig Brustweite oder Schrittlänge.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengehilfen

empfehlen sich zur Anfertigung von Herren-garderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund.

Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die **Arendsche Kurzschrift**. Im schwedischen Reichstage verdrängten die Arendsianer bei freiem Wettbewerb die Gabelsbergerianer, so daß heute dort 21 Arendsianer und nur noch 12 Gabelsbergerianer arbeiten. v. Kunowski, Erfinder der Nationalstenographie, sagt: „Das System Arends vereinigt eine solche Fülle produktiver Gedanken, daß sich ihm kein andres vergleichen läßt. Wenn wir heute hoffen dürfen, dem Ziele der Kurzschrift näher gerückt zu sein, so haben wir dies hauptsächlich Arends zu danken. Er brachte vor allem ein drittes Prinzip zur Geltung neben dem der Kürze und Handlichkeit: Das der Deutlichkeit, welchem auch in der Tat der erste Platz gebührt.“ Unter Beifügung üblichen Portos richte man Adresse an **Louis Flach**, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

(Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.)

Unserm Kollegen **Otto Rieper** nebst seiner lieben Braut **die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!**
[80 4] Mitgliedschaft Bremen.

Unserm werten Kollegen **Kurt Gräfenstein** nebst seiner lieben Braut **Hedwig Weschenfelder** **die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!**
[M. 1] Mitgliedschaft Sonneberg i. Th.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Samstag, 25. April:
Bant-Wilhelmsberg: 4 Uhr bei Gelb, Grenzstr. 34. — Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Crimmitschau: 3 1/2 Uhr in der Zentralkaserne. — Garmeln: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Hennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Lübeck: 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. — Nofsdorf: 2 1/2 Uhr Beguinenberg 10. — Regesack: 4 Uhr bei Brümmer, Langenstraße 55.

Montag, 26. April:
Herford: 7 Uhr bei Gillert, Brüderstr. 10.

Dienstag, 27. April:
Hamburg-Altona (Bezirk Altona): Vorm. 9 Uhr bei Sauer, Allee.

Mittwoch, 28. April:
Cöln a. Rh. (Weißbäcker): 3 Uhr im Volkshaus. — Traunstein: 2 Uhr „Zum Löwen“.

Donnerstag, 29. April:
Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — Stuttgart (Bäcker): 3 Uhr in der „Schützenhalle“.

Freitag, 30. April:
Düsseldorf (Konditoren): 8 1/2 Uhr bei Neuhäuser, Flurstraße.

Sonntag, 2. Mai:
Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentsstraße. — Bayreuth: „Zur Krone“, Bahnhofstraße. — Brandenburg: Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Haus“, Steinstr. 32. — Braunschweig: 3 1/2 Uhr in Stegers „Vierpalast“, Stobenstr. 9. — Chemnitz: Im „Annengarten“, Annenstr. — Dessau: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ballenstedterstr. 1. — Dortmund: 3 Uhr in der „Reichskrone“, Mühlenstr. 6. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei H. Gualb, Breitestr. 15. — Essen a. d. Rh.: Vorm. 11 Uhr bei van de Loo, „Schützenbahn“. — Flensburg: 9 Uhr bei Raben, „Nordtor-Vierhalle“. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Gesehacht: 3 1/2 Uhr bei W. Muscio. — Gera (Reichstr.): 3 Uhr in der „Ostvorstädtischen Turnhalle“. — Götting: 3 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43. — Hanau: 3 Uhr in „Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — Hof: Im Gasthaus Glaser, Sophienberg. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gohlfenstr. 23. — Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei Kaiser, Louisenstr. 5. — Ludwigshafen: 3 Uhr im „Alten bährischen Hiel“, Bismarckstr. 100. — Meuselwitz: 3 Uhr im „Deutschen Kaiser“. — Mülhausen i. E.: Vorm. 10 Uhr bei Schlinger, Baubankstr. 43. — Plauen i. V.: 2 Uhr im „Schillergarten“. — St. Johann a. d. E.: 3 Uhr im „Lübli“, Gerberstr. 26. — Schmöln: 2 Uhr in der „Zentralkasse“, Paulusstraße. — Schwerin: 4 Uhr bei W. Dedden, Großes Moor 51. — Sonneberg: 1 Uhr bei Rosa Bauer, Gräntal. — Suhl: 3 Uhr in Jella, „Zum weißen Roß“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Langestr. 47. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Aktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befensbinderhof 17. — Verlag von D. Wilmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Unser Verband hat mit dem Zuckerverwaren-, Schokoladen- und Biskuitarbeiterverband in Dänemark den Gegenseitigkeitsvertrag betreffs Unterstützung der Mitglieder abgeschlossen. Mitglieder dieses Verbandes werden in Deutschland seitens unserer Verbandsfunktionäre bezüglich der Unterstützung genau so behandelt, wie unsere deutschen Mitglieder.

Kunmehr besteht der Gegenseitigkeitsvertrag für folgende Länder: Schweden, Dänemark (Verband der Bäcker und Verband der Zuckerbäcker), Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Schweiz (vom schweizerischen Lebensmittelarbeiterverband nur für solche Mitglieder, die Bäcker oder Konditoren sind).

Wir bringen das hiermit zur Erinnerung, damit unsere ins Ausland reisenden Mitglieder wissen, welche Rechte ihnen dort zustehen und gleichfalls die Funktionäre unseres Verbandes unterrichtet sind, wie sie zureisende Mitglieder anderer Länder zu behandeln haben.

Von Straßburg und andern Städten, in denen unsere Organisation verhältnismäßig noch schwach vertreten ist, wird Klage darüber geführt, daß reisende Verbandsmitglieder in diesen Städten nur äußerst schwer zu halten sind, während sie immer nur ihren Weg nach den Bezirken und Großstädten, in denen Kost und Logis beim Meister beseitigt ist und andre Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Organisation erkämpft sind, nehmen. In letztgenannten Städten ist aber die Arbeitslosigkeit dauernd eine große, und zureisende Kollegen haben dort wochenlang zu warten, ehe sie mal Aussicht auf Arbeit haben. Deshalb richten wir auch hier wieder im eignen Interesse unserer reisenden Mitglieder das dringende Ersuchen an dieselben, sich nicht nach diesen Städten wenden zu wollen, sondern vor allen Dingen ihren Weg in Gegenden und Bezirke zu nehmen, wo sie noch tüchtig mithelfen können, die Organisation zu stärken, um auch dort menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen!

Der Vorstand.

J. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Heute ist der 18. Wochenbeitrag (25. April bis 1. Mai) fällig.

Quittung.

Vom 12. bis 18. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat März: Zahlstelle Freiburg M. 98,70, Lüneburg 33,70, Herford 232,50, Braunschweig 182,40, Lübeck 124,50, Erfurt 26,90, Lüdenscheid 24,40, Langernünde 41,10, Biersen 22, Zeitz 170,70, Görlitz 41,90, Halle 178,60, Oldenburg 32,80, Stettin 150,40, Weiskensfeld 51, Weiskwasser 29,60, Malmö 16,80, Bremen 187,30, Kaiserlautern 28, Waldenburg 41,30, Traunstein 50,20, Passau 37,60, Hof 30,80, Landsküt 247,60, Cottbus 35,60, Chemnitz 104,10, Gotha 49,60, Neumünster 30,60, Striegau 15,10, Amberg 72,10, Hildesheim 18, Plauen 50, Rudolstadt 26,40, Seisnig 18,40, Schmöln 17,70, Bernburg 17,50, Ilmenau 36,50, Stendal 15,90.

Für Februar und März: Pirmasens M. 16,90.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. S. Kleinleipisch M. 5, D. S. Nordhausen 11, D. S. Weimar 20, W. S. Kleinaltorf 6,70, M. G. Zschornau 5, R. S. Erier 5, P. S. Odenje 3,50, W. M. Reichenbach 23, H. S. Landsberg 22.

Für Annoncen: Zahlstelle Bremen M. 5,20, Rudolstadt 1, H. S. Hamburg 26,95.

Mit der Abrechnung für März an die Hauptkasse restieren die Zahlstellen: Deggendorf, Eisenach, Marburg, St. Johann und Straubing.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Betriebsgewinne der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Wir haben schon verschiedentlich nachgewiesen, daß die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie auch in den letzten Jahren trotz der Mitte 1907 beginnenden allgemeinen Wirtschaftskrise und trotz der damals auch einsetzenden spekulativen Preistreiberie auf dem Rohstoffmarkt den Fabrikanten mit wenigen Ausnahmen ganz wesentliche Gewinne abwarf. Nachstehend bringen wir im Zusammenhange noch einmal die Geschäftsergebnisse einer Reihe der größeren Betriebe — meist Aktiengesellschaften — soweit sie uns zur Verfügung stehen, für 1907 resp. das Rechnungsjahr 1907/08. Es ist zu beachten, daß wir stets nur die Zahlen nach Abzug aller Abschreibungen geben, daß sie also den wirklichen Reingewinn darstellen.

	Reingewinn
1. Aktiengesellschaft Betrieb für automatischen Verkauf, Wittenberg (Halle)	M. 197829
2. Compagnie Française des Chocolat et Thés, L. Schaal & Co., Straßburg i. G.	143787
3. Automatische Aktiengesellschaft, Dresden	215471
4. Stollwerck, A.-G., Köln a. Rh.	1401074
5. Stollwerck, A.-G., Tochtergesellschaft Preßburg	193500
6. Riquet & Co., A.-G., Gausch-Leipzig	126664
7. Automaten-Aktiengesellschaft, Köln a. Rh.	108558
8. Würzener Kaminmühlen und Biskuitfabrik (vorm. Kriehsch)	252000
9. „Savotti, Schokoladen- und Kakao-Industrie“, A.-G.	239573
10. Gustav Duclaud Nachf., A.-G. (Löwenstein), Berlin	36479
11. Raffeler Haferkakao, Hausen & Co.	36271
12. Raffeler-Hohenloebische Nahrungsmittel (Schweizer-Gesellschaft der vorgeannten Firma)	67634
Zusammen 12 Betriebe mit einem Reingewinn von	M. 3018840

Das sind unfres Erachtens immer noch ganz annehmbare Entbehrungslöhne, und wenn auch einige Betriebe darunter sind, welche das Jahr vorher noch größere Summen ihren Aktionären in den Schatz werfen konnten, so war es doch zum Aushalten und die Herren hatten keine Ursache, die bescheidenen Wünsche ihrer Arbeiter stets unter dem Hinweis auf die schlechten Zeiten mit einem glatten Nein! abzusperrten.

Der Durchschnittslohn der Arbeiterschaft in der Kakao- und Schokoladenindustrie betrug dem gegenüber selbst nach den Angaben eines der Herren Stollwerck nur M. 830. Denn dieser Herr hat, wie er einmal in einer Gesellschaft erzählte, dem deutschen Kaiser gelegentlich einer Audienz selber erklärt, daß in diesen Branchen 27 000 Köpfe beschäftigt wären und M. 22 589 000 als Lohn ausgezahlt würden. Das ergibt obengenannten Durchschnitt.

Wahrscheinlich hat sich aber der Herr Kommerzienrat obendrein nur auf die Schokoladenbetriebe bezogen — schon die angegebene Kopfzahl zwingt zu dieser Annahme — und hat die Zuckerverarbeiten, unter welchen gerade die mittleren und kleineren, schlechtestenfalls, anzutreffen sind, außer Betracht gelassen. Auch hat er sicher die Betriebsbeamten alle mit eingeschaltet, so daß das Bild, das er dem Kaiser gab, dadurch etwas — sagen wir „freundlicher“ wurde. Sobald wir nur die wirklichen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Gesamtbranchen in Rechnung stellen, wird entschieden ein weit geringerer Durchschnittslohn herauskommen.

Die Arbeiterschaft obengenannter Betriebe, deren Reingewinne wir anzuführen in der Lage waren, scheint freilich weit über den Durchschnitt zu verdienen, denn eine Organisation haben sie noch nicht für nötig befunden. Wenn aber die Kollegen und Kolleginnen die Gewinne der Herren Aktionäre prüfen, werden sie vielleicht doch anfangen, darüber nachzudenken, ob nicht auch sie das Recht haben, sich davon einen etwas größeren Anteil als bisher zu erkämpfen!

Brief der Kollegin Paula G. in Berlin an ihre Freundin Marie in R.

Liebe Marie!

Du schreibst mir, warum ich aus meiner schönen Stellung in der Schokoladenfabrik hier in Berlin fort bin und hegt den Wunsch, selbst einmal in einer solchen Fabrik sein und von all den süßen Herrlichkeiten naschen zu dürfen.

Nun, meine Liebe, da will ich Dir einmal ein Liebchen von all dem singen! Als ich damals um Arbeit nachfragte, mußte ich erst noch einmal mit meiner Mutter hinkommen; der Herr Chef sprach sehr väterliche Worte, und ich wurde für M. 4 die Woche eingestellt, weil ich erst noch lernen mußte.

Ah, ich war so glücklich und stellte mir das alles so schön vor und ich habe denn auch vieles gelernt, was ich Dir jetzt mitteile. Der väterliche Ton hielt nicht lange vor. Wir waren eine ganze Menge Mädchen da, auch ältere, und selbst diese verdienten M. 7, M. 8, bis höchstens M. 12 die Woche, aber Abzüge in Form von Strafgebern gab es in Fülle und Fülle. Alles mögliche wird bestraft, Zutrittskommen, Raschen, Sprechen und Lachen sogar mit 50 S. Da kamst Du wohl verstehen, wenn ich Dir sage, daß ich an einem Sonnabend mir von einer Freundin 10 S. borgen mußte, um nach Hause fahren zu können — meine M. 4 waren für Strafgebern draufgegangen und „Ordnung muß sein“, sagt unser Chef immer.

Ja, wir Mädchen müssen uns sogar visittieren lassen, ob wir vielleicht etwas Zuckerverwerk mitgenommen haben, und denke Dir nur, wie das geschieht! Unsere Aufseherin hat darin Übung. Mit einer richtigen Polizeivigilantensache durchsucht und befüßt und betastet sie uns. Es ist einfach schmachvoll, immer ständig als Diebin angesehen zu werden!

Wir haben auch eine Menge Arbeiter bei uns, meistens junge Leute, die auch nur M. 15 bis M. 18 verdienen und manchmal sogar geduldet werden. — Aber Du, bald hätte ich noch die Konditorgehilfen vergessen — weißt Du, sind das aber keine Leute, wenn ich da mal später bloß einen zum Mann kriegte, muß das himmlisch sein! — Wenn sie morgens antommen, wie richtige Kaufleute, immer schief mit schönem weitem Stehkragen, dann geben sie im Kontor ihre Kontrollmarke ab und schlüpfen dann in ihre weiße Jacke, binden eine weiße Schürze um und — na ich sage Dir — so'n Kerl ist zum anbeißen, Montags wenigstens! Zuerst dachte ich immer, solch feine Leute müßten doch auch schönes Geld verdienen und was vorstellen! — Als ich aber mal hörte, wie unser Chef sie fürchterlich anschauzte, weil zwei Sonntags nicht zum Randisablassen — ich glaube, das heißt so — gekommen waren, was unsonst gemacht werden muß und sie hinauswerfen wollte und sie nur so winkelten, daß so was nicht wieder vorkommen sollte, da fragte ich mal meine Freundin darüber, deren Mann auch Konditor ist, oder vielmehr war, jetzt ist er Hausdiener bei Rud. Herzog, da steht er sich viel besser.

Ah Jotteten, sagte sie, und lachte mich schön aus, laß Dir man bloß nicht von die glatte Larve von die Konditors

betimpeln — die hab'n meist große Schnauzen und nicht mang zu knabbern! — Wenn nicht einer Schwein hat, aber ein großer Künstler ist, oder oft mit wenig Kenntnis, aber desto biegsamerem Kreuz ein großer Vorsteher oder Meister zum großen Nachteil seiner ihm unterstellten „Kreaturen“ werden kann, dann ist meistens großer Dalls vorhanden. In den Saisons zu Weihnachten und Ostern schufteten sie Ueberstunden ohne höhere Bezahlung bis Dausend, bei einem Lohn von M. 21 bis M. 24, auch mal M. 27, und im Sommer gehen sie „Kohlenbampf“ schieben, machen den Anstreicher, Kellner und Gelegenheitsarbeiter oder, wenn sie's können, auch den Tageskonditor beim Bäcker — ich sage Dir, das ist erst ein trauriges Brot, heute hier, morgen da sein, eine absolut ungewisse Existenz. Schreib Dir der Meister ab, weil er noch genug „Murks“ — oft genug im wahren Sinne des Wortes — übrig behalten hat, na, so hast Du oft nichts zu tun — gehst Du oft hin und es ist noch genug da, der Meister hat vergessen, abzuschreiben und du willst nicht klagen — na, dann ist er viel leicht „nobel“, gibt Dir einen „Fünftiger“ und Du gehst still- bergnügt Deiner Wege und darfst nächstes Mal wieder kommen!

Ich war ganz perplex! — Das sollten die stolzen Konditorgehilfen sein, die mich arme Arbeiterin immer so von oben herab behandelt hatten; wie und worauf konnten nach dem Gehörten diese Leute denn eigentlich stolz sein, mit welchem Recht hatten sie mich oft grob und brutal angefahren! — Doch halt! Da fiel mir so mancherlei ein, worauf ich früher nicht so geachtet hatte. — Eine Zeit lang mußte ich nämlich Frühstück einholen, und da hatten die Herrn Gehilfen zumal vielerlei Wünsche; zu Anfang der Woche leisteten sie sich gewöhnlich ein auch zwei Flaschen Bier, etwa für 20 bis 30 S. Wurkt ufm. und erzählten dabei ihre Sonntagserlebnisse, die sich meist um Tanzböden, Gelegenheitsbräute und solche Lokale, wo man „zarter Hand bedient“ wird, drehten; selten habe ich mal gehört, daß jemand sich irgend etwas Schönes angesehen hätte oder sich fogenannte höhere geistige Genüsse, an denen Berlin so reich ist, verschafft hätte, und dann hatten die anderen mitunter nur saule Wiße dafür übrig! — Dafür waren es aber auch sonst schon so furchtbar kluge Leute!

Am Ende der Woche wurde es aber dann schon mießer, manche gingen schon zur „Lina Morgenstern“ für M. 0,15 eine „halbe Kraft“ hinieren, andere kniepten ganz und gar Naturgenüsse und oft genug wurden zum Frühstück zwei Sechserkaffe oder ein Rollmops vertilgt — manch einer mußte sogar dazu eine Anleihe bei seinen Herrn Kollegen — ich darf nämlich ja nicht das „Herr“ vergessen, sonst fühlen sie sich immer gleich furchtbar beleidigt und Du begreift ja auch — in solchen schönen weißen Jacken!!! — und einmal hat mich einer sogar mal angejeßt.

All diese Zustände veranlaßten mich oft, über alle diese Dinge den Eltern gegenüber meinen Spott ausgelassen und da erschloß sich mir ein ganz neues Feld — mein Vater nämlich erklärte mir die Ursachen dieser Hilflosigkeit der Arbeiter dieser Branche —; denn auch diese Herrn Gehilfen seien weiter nichts als Arbeiter, und sogar sehr schlecht bezahlte Arbeiter, sagte er. In dem Fehlen eines großen festen Verbandes, wie etwa des feinen, des deutschen Metallarbeiterverbandes, welcher bei zu großem Uebermut der reichen Unternehmer auch mal mit diesen ein ernstes Wort reden könne.

Viele Gehilfen seien heute noch so dumm, die Arbeiterinnen mit Haß und Böswilligkeit zu betrachten, nur darum, weil sie in ihnen die Konkurrentinnen, die da viel, viel billiger als sie selbst arbeiten, sehen. Und doch könnten die Arbeiterinnen garnichts für diese Zustände, sie sähen auch lieber zu Hause, müßigten und amüßigten sich wie unsere höheren Töchter, anstatt sich in den muffigen Fabriksälen mit der Sklavenpeitsche traktieren lassen zu müssen. Das läge eben an den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen; wer da seine fünf Sinne beisammen habe, der müsse einsehen, daß solche Mißstände nur durch gemeinsame Aufklärung über die Ursachen beseitigt werden können. Männer und Frauen müssen sich gemeinsam organisieren, um geschlossen an einem Stränge gegen die Fabrikherren zu ziehen. In andern Berufen habe man das längst eingesehen und bedeutende Erfolge damit gehabt, man habe dort sogar Lohntarife abgeschlossen und sich damit allerlei Vorteile erkämpft.

All dieses leuchtete mir ein, und als mir gar mein Vater sagte, daß ja auch am Orte für die Konditoren, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein solcher Verband wie der seine bestesse, setzte ich mich mit meiner alten Freundin, die mir schon damals den ersten Einblick in das Konditorleben gestattet hatte, in Verbindung und bat sie, in die nächste Versammlung dieser Leute mitzukommen, um zu hören, was da los sei! — Da kam ich aber schön an; nee, nee, sagte sie, ich war schon mal in solch einer Versammlung, auch von die Konditors; da sprach eine Frau und die erzählte dann in langem Vortrage sehr viel von den Segnungen der Organisation, und wir müßten alle zusammengehen — Kapital und Arbeit sollen Hand in Hand marschieren, nur wenn Harmonie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber bestesse, könne der Arbeiter vorwärtskommen und pries dann alle die Wohltaten, die die Herren Fabrikanten uns schon heute aus ihrem guten Herzen zukommen ließen; wenn wir immer so brav sein würden, kriegten wir aber noch viel mehr davon! Und um Gotteswillen sollten wir keine Streiks machen. Na, sehr viel waren nicht da, aber die klatschten in die Hände und riefen: „Bravo, bravo!“, worauf der Vorsitzende, ein großer kräftiger Herr, der so ein Meister sein soll, vergnügt schmunzelte und sich für den schönen Vortrag bebankte. Als aber mehrere was von „Harmoniebüchlein“ dazwischenriefen, wurde er furchtbar böse und fing mächtig zu schimpfen an, aber die andern machten sich wenig daraus und lachten nur! — Als ich dann nach Hause ging, da mußte ich wirklich lachen, also mit den Fabrikherren — unser dankt noch nicht einmal, wenn wir ihn grüßen, für den fund wir böllig Luft, „Fhr“ und „Gud“ sind wir für den — müßten wir Hand in Hand gehen. Ich bin nur eine einfache Arbeiterin, aber soviel Verstand habe ich doch, daß man nicht die Hand küssen kann, die einen schlägt, sonst wäre man ja ein födliches Sklavenwesen; hatte man mir doch neulich erst 50 S. Strafgeß für ein Versehen abgeknöpft, und von diesen erzwungenen Wutkuren werden wohl sicher auch die gepriesenen Wohltaten unserer „Brotgeber“ zum großen Teil herkommen. Soweit also meine Freundin! Also laß mich nur mit Deiner Versammlung in Ruhe, uns hilft doch keiner! war zunächst ihr letztes Wort.

Da kam neulich ein neuer Gehilfe in unsere Fabrik, der schien aus ganz andern Holze geschnitten zu sein als die, mit denen ich bisher zu tun hatte! Er machte keine Arbeit, war zu uns Mädchen freundlich und höflich, kam aber halb mit unserm Chef in Konflikt; denn er wollte durchaus keine Ueberstunden ohne höhere Bezahlung machen, wollte auch Sonntags nicht umhören den ominösen „Randis“ ablassen kommen. Und als wir Mädchen Sonntags wieder noch nach 5½ Uhr beschäftigt wurden, machte er direkt dem Chef Vorhaltungen, daß das nach dem Gesetz unzulässig wäre. Na, den Tanz hättest Du erleben sollen: mehrere Gehilfen wurden noch weißer als ihre weißen Jacken, und der Herr Chef geberdete sich wie rasend, er stürzte in seinem langen Mantel umher, daß wir ernstlich für seinen Verstand fürchteten! Nun, des Pudels Kern war der, daß der Gehilfe kurzer Hand entlassen wurde, worauf er seelenruhig für 14 Tage Lohn verlangte, da er so lange Kündigung hätte! Jetzt wars aber erst richtig: Aufschraubend wurde ihm die Tür gewiesen. Der Kerl imponierte mir, und ich kann Dir mit spießbüßiger Freude mitteilen, daß er vor dem Gewerbegericht wirklich sein Geld bekommen hat. Unserm Chef muß man in großem Bogen aus dem Wege gehen!

Jedoch eines schönen Tags wurden Einladungszeitel vor unser Fabrik verteilt, welche in warmen Worten besagten, daß dort in der und der Straße um bestimmte Zeit eine Versammlung vom Zentralverband stattfinden würde, welche sich mit unser Fabrik beschäftigen sollte. Ist es nun bei uns schon wunderbar, daß unsern Arbeitern verboten ist, in einem bestimmten Lokale zu verkehren und die Leute sich dieses gefallen lassen, so war ich doch sicher daß, daß unser Chef allen seinen Leuten bei Strafe der Entlassung den Besuch dieser Versammlung verbot und sich niemand zu nicken wagte. Doch hätte ich Dir da bald von dem Spießbüßigen, das bei uns herrscht, zu erzählen vergessen! — Ist doch da auch ein sogenannter Meister, der in der Nähe wohnt und hinter seinem Fenster auf der Lauer liegt, um zu beobachten, ob das oben erwähnte Lokal von unsern Leuten jemand betritt, was er dann pflichtschuldigst seinem Prinzipal wieder erzählt! — Du wirst sagen, ist so was wirklich möglich, daß es solche elende Subjekte geben kann? — Nun! es ist eben so, ja, es kommt noch besser!

Also der Versammlungabend kam, meine Freundin und ich natürlich hin — wir sind doch keine Sklaven! — Steht da schon am Buffet einer unser Herrn Kaufleute — Du weißt schon, einer mit dem hohen Kragen — um aufzuspähen, wer da käme, darüber im Auftrage des Chefs solch kleines sauberes „Denunziationschen“ machen zu können. Und der selbstherrliche Was hatte gewirkt, außer einigen wenigen Kameraden, uns, und der Leitung der Veranstaltung war niemand da! Der Referent jedoch verstand es, uns in packender Weise, das ganze System unserer Rechtslosigkeit vor Augen zu führen — unser damals entlassener Freund war auch noch erschienen — und so freuten wir uns des Gehörten, ließen uns in den Verband aufnehmen und meine Freundin erklärte leuchtenden Auges, daß hier ein ganz anderer Ton herrscht als in der Versammlung, der sie damals beiwohnte, und daß sie das Gehörte voll auf begreifen und auch befehligen könne. Keine Harmonie, nein Recht verlangen wir, und unsre Unternehmer sind viel zu praktischer Egoisten, um uns das auf dem Präsentierteller entgegenzubringen — nein, das müssen wir uns selbst erkämpfen!

Wir also wohlgehumt nach Hause und am andern Morgen pünktlich zur Arbeit! — Doch, oh je! Mit was für Gesichtern wurden wir empfangen! Papiere und die paar Pfennige Lohn waren schon fertig gemacht, und nun bloß hinaus, aber ganz schnell! Na, wir fanden uns mit der Tafsache schnell ab, hatten wir doch wahrlich nichts verloren!

Wir wandten uns an den Verband, erhielten halb andre Stellen nachgesehen und fühlten uns dort ganz wohl!

Wir sind fleißige Versammlungsbefucherinnen geworden; in jeder kann man etwas Neues lernen. Ich habe schon einige Kolleginnen mitgebracht, auch dafür Sorge getragen, daß in bekannten Familien Berufsangehörige der Organisation zugeführt werden. — Unser Vorsitzende jagte mir, „Agitation von Mund zu Mund“ sei die beste und wirksamste, da könne man seinen Mitarbeitern und Schwestern in packender Weise ihr eigenes Glend am eignen Leibe vor Augen führen. Und er hat recht, so ist es! Gewiß sind in den Organisationen auch nicht alle Engel, aber man gibt sich redlich Mühe, Abhilfe zu schaffen. So hatte neulich ein Kollege, der mit einer Kollegin zusammen einen Artikel in Afford herstellte, dieselbe immer fürchterlich angetrieben, brutal behandelt und von dem Affordlohn den größten Löwenanteil für sich behalten, das arme Mädchen aber mit einigen lumpigen Mark abgefunden, obendrein noch zynische Worte gebraucht. Die Kollegin beschwerte sich, dem Mann wurde ordentlich der Kopf gewaschen und ihm nahegelegt, in Zukunft kollegialer zu handeln, und das finde ich sehr recht; denn wohin sollte es führen, wenn man auf der einen Seite uns als Kolleginnen aufnimmt und auf der andern Seite uns ebenso ausbeuten wollte, wie unsre Chefs selbst. — Vertrauen gegen Vertrauen! Oh, ich begreife das alles recht wohl und werde mir schon nicht die Butter vom Brot nehmen lassen! — Du siehst also, liebe Marie, ich bin eine ganz andre geworden, so jung ich bin, so habe ich einen heiligen Eifer für unsre gemeinsame Sache. — Ach, wenn sie doch alle so wären! Aber da giebt es noch viel zu tun, manche sind eben furchtbar gleichgültig, teils mag es ihnen wohl so gut gehen, daß sie es nicht nötig zu glauben haben, zu kommen, teils — na, wir werden sie schon noch kriegen, diese Saumfeligern. — Zum Beispiel unsre Kolleginnen! Was habe ich schon für schöne, packende Flugblätter gelesen, was für schöne Vorträge gehört, nicht Mühe noch Kosten sind gepart worden, und diese Kolleginnen, wo waren sie, wo war ein großer Teil der Männer selbst. Sollte es keine moralische Macht geben, diese aus ihrer Osnede hervorzuholen, in der sie sich ansehnend so wohl und so wohl fühlen, oder ist diesen das ganze Verantwortlichkeitsgefühl völlig in die Brüche gegangen? Ich bin zwar in der Bewegung noch neu, aber die Wirsenschaft habe ich begriffen, daß das Drohen und Wimmern im stillen Winkel gar nichts nützt, daß wir alle uns einig sein müssen, um Fortschritte zu erzielen! Ich begreife gar nicht, wie man da, zumal als Mann, so kleinmütig und verzagt in einer stillen Ecke hocken kann, wenn andre gegen den Feind kämpfen! — Aber warte nur, Marie! Ich will immer mit gutem Beispiel vorangehen, habe ich doch schon eine Menge froher Kämpfer kennen gelernt, die mir imponieren, vor denen ich Achtung habe; ich will keine Mühe scheuen meine armen Mitschwester aufzuklären über ihre Notlage, und wenn meine Kollegen nun nicht bald aufwachen aus ihrem Winterschlaf — der Frühling steht ja in schönster Pracht —, so will ich auch an die herantreten und ihnen in die Ohren schreien, daß es geht: „Fort mit Eurer verdamnten Gleichgültigkeit, seid ihr nun einmal Mitglieder

einer großen Kampfsorganisation, so habt ihr auch die Ehrenpflicht, mitzuwachen am Weibstuhle der Zeit“, und ich will mal sehen, ob sie mir, dem schwachen Mädchen, auch noch abweichend und verzagt antworten und ins Auge schauen können?

Das wären ja keine Männer mehr — nein, das wären Schlafmützen. — So! ich habe mich ein wenig in Estise hingeredet meine liebe, was Du aber verstehen lernen wirst, wenn Du selbst einmal die hehre Idee der Organisation begriffen haben wirst, dann verlangt auch Du von jedem und jeder ehrliche Mitarbeit nach dem Motto: „Alle für einen und einer für alle!“ Und ein böses Gewissen müssen unsre Chefs doch haben. Denke Dir einmal: neulich war zu einer Versammlung eingeladen worden, und eine große Firma verteilte schleunigst Zirkusbillets an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zu ganz billigen Preisen, um sie von der Versammlung fernzuhalten. Nach dem bisher Gehörten wird es Dich gar nicht mehr wundern, daß eine ganze Menge Tröpfe hingegangen sind, sie mußten sich nämlich einschleimen, damit man eine Kontrolle über Böcke und Schafe hatte. Vorsicht ist immer der bessere Teil der Tapferkeit, dachten die Schafe auch hier!

Nun, liebe Marie, will ich schließen, die Länge meines Briefes wird Dich wohl in keinem Punkte gelangweilt haben, und noch eins — hüte Dich vor die Konditionen, die indifferenten wenigstens, sehne Dich nicht nach den Ledereien, die dort gemacht werden. — Neben diesem Zuckerbrot liegt eben zu nahe die Peitsche, diese muß erst den Händen der Unternehmer entwunden werden.

Ich verbleibe also nochmals mit vielen Grüßen
Deine Freundin Paula G.

Terrorismus??

Terrorismusgeschichten bildeten von jeher einen sehr gangbaren Spezialartikel auf dem bürgerlichen Verleumdungsmarkt. Kaum nimmt man eine Nummer des bürgerlichen Schmock zur Hand, so findet man darin neben einer oft widerlich betriebenen Verherrlichung des Gottesgnadentums und einigen andern, was noch zu den Aufgaben einer „ordnungsliebenden“ Presse gehört, die spaltenlangen Raisonnements über den Terrorismus, der angeblich innerhalb der freien Gemeinwesen und der sozialdemokratischen Partei geübt werde. Die Häupter der Reaktion scheinen außerordentlich viel Wert darauf zu legen, die unter dem Druck der Sozialdemokratie leidenden Arbeiter zu „befreien“, während bei Nacht betrachtet es uns scheinen will, als wenn gerade erstere es sind, die mit Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Position Grund und Anlaß genug hätten, den Ausbruch Terrorismus zu meiden, statt ihn der öffentlichen Diskussion zu übergeben. Denn, wenn Terrorismus irgendwo ausgeübt wird, so von seiten der kapitalistischen Machthaber zur Förderung ihrer Interessen, zur Festigung und Stützung ihres Klassenstaates, der ihnen eine Ausnahmestellung gewährt.

Was ist Klassenstaat? Der Klassenstaat ist eine Organisation der Gesellschaft, durch welche letztere in mehrere, verschiedene große Schichten und Klassen geteilt wird, welche sich aufbaut auf der Ausbeutung der Arbeitskraft der unteren Schicht, und überhaupt nur möglich ist, solange diese untere Schicht rechtlich unterdrückt und sozial hinten an gehalten wird! Der Klassenstaat an sich bedingt also zu seiner Existenz bereits Terrorismus! Im Klassenstaat übt die obere Schicht, die besitzende Minderheit, einen fast monopolisierenden, das heißt Konkurrenz ausschließenden Einfluß auf die Gesetzgebung, wodurch diese zu einem Werkzeug dieser Schicht wird. Man verwendet seinen Einfluß auf die Gestaltung gesetzgeberischer Arbeit nämlich nicht im Interesse des Volkswohls, sondern man verwendet die Gesetzgebung, um den Ertrag der heutigen Volkswirtschaft in erster Linie dieser obern kleinen Klasse zu sichern! 35 Pct. des gesamten deutschen Volkseinkommens entfallen — national-ökonomischer Statistik zufolge — auf die große Masse des Proletariats und des werktätigen Mittelstandes, während eine Handvoll Menschen sich mit „nur“ 65 Pct. begnügt. Die Gesetzgebung schützt jedes Eigentum, nur nicht das des Arbeiters: die Arbeitskraft. Sie hält einen Arbeiterknecht kaum in dem Maße für notwendig, in welchem man dem Wildstande in Wald und Feld einen Schutz (Schonzeit) angedeihen läßt! Die Gesetzgebung duldet, daß der Kapitalismus unter Anwendung der eignen Uebermacht, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwäche der Arbeiter, diese in oft an Wahnsinn grenzender Weise zur Erzeugung hoher Mehrwerte und Ueberschüsse zwingt, wodurch allein die erschreckend hohen Zahlen der Unfall- und Krankheitsstatistik sich erklären.

Die Gesetzgebung begünstigt aber auch einen Terrorismus der Wissenschaft. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, heißt es im Firmenschild unsrer deutschen Staaten — im selben Zeitalter, in dem der Staat die Sache der im schärfsten Widerspruch zur Wissenschaft stehenden heutigen Religionen zu seiner eignen macht und für Kirche und Pfaffenstum ungeheure Millionen verschleudert, die Schulen vertrocknet, den im zartesten Kindesalter stehenden widerstandsunfähigen Menschen mit den geistverflachenden Theorien eines bigoten Glaubens belastet, anstatt in ihm geistige Selbständigkeit zu erzeugen. Warum terrorisiert man den Massengeist des Volkes in dieser Art? Weil der Kapitalismus ein Interesse daran hat, daß die große Masse den Blick ablenke vom „Irdischen“ und auf die himmlische Zukunft hoffe! Das Volk soll nicht nach den Gütern trachten, die Motten und Rost freisen, sondern sich trösten mit dem Gedanken, daß, wer hier erniedrigt sei, demal-einst erhöht werde! Daß diese Niederhaltung jeglicher freiheitlicher Tendenz ein großes Volksverbrechen darstellt, kümmert diese Volksterroristen, die jede Staats Einrichtung nur als Mittel zum Zweck betrachten, nicht. Die Staats- und Gesellschaftsordnung soll eben nicht getragen sein vom Willen der Mehrheit des Volkes; denn nur solange das Volk sich buckt, ist alles gut. Daß sich jetzt im Schoße der Gesellschaft eine Kraft entwickelt, die im Interesse der Mehrheit der Menschen eine Neuordnung der Gesellschaftsordnung anstrebt, das betrachten die Machthabenden, diese wirklichen, ständigen Terroristen, als ein durch nichts zu rechtfertigendes Vorgehen, das wieder inhibiert werden müsse. Man beachte die vielen Ausnahmegerichte und Bestimmungen, die man geschaffen hat gegen die „Bestrebungen auf Umsturz“; man beachte die vielen Mittel und Mittelchen, mit denen man die kapitalistische Ordnung zu stützen versucht, die schenklischen Urteile, die gefällt werden gegen unbequeme Kritiker, Redakteure, Volksredner usw. Man beachte vor allem die gewaltigen, militaristischen Rüstungen aller Länder, insbesondere Deutschlands, die nicht zuletzt mit ihrer Spitze sich gegen den sogenannten „inneren Feind“ richten! Würden wir nicht in einem Staate leben, in welchem die herrschenden Klassen den Willen des arbeitenden Volkes niederterrorisieren, würde man legieren anerkennen, so brauchte man nicht die großen mit Mord- und Brandmaschinen ausgerüsteten Heere, deren -Sache es bekanntlich auch ist, auf Brüder und

Ältern zu schießen. Die heiligsten Güter sollen demnach vor dem inneren Feind geschützt werden.

Mit vollem Rechte gilt vom Kapitalismus das Wort: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend stets nur Böses kann gebären! Nur allein um das durch die Tafsache seiner Existenz begangene Verbrechen zu verdecken, um den Widerstand des riesen Proletariat gegen die allgemeine Volksausbeutung zu brechen, ist er zur Verübung weiterer Schandtaten, zur Volksverbrümmung und -nebelung, gezwungen! Wir haben den Kapitalismus in unsrer Polemik gegen den von ihm geübten Terrorismus noch sehr milde behandelt und könnten seine Schuldliste bedeutend verlängern. Terrorismus gemeintester Art beispielsweise ist es, wenn der Unternehmer die schlechte Wirtschaftszeit zu einer Lohnreduzierung oder einer sonstigen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ausnützt, oder seinen Arbeiter einer freien Meinung wegen mit der Knute der Arbeitslosigkeit züchtigt. Ohne einen mehr oder minder starken Terrorismus kommt der Unternehmer allerdings gar nicht aus, denn seine ganze Herrschaft beruht auf Gewalt. Wenn er dem auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesenen Proleten gegenübersteht, gleicht er in Wirklichkeit nur dem Räuber, der dem Wehrlosen die Pistole, d. h. seine wirtschaftliche Macht auf die Brust setzt.

Jeder rechtlich denkende Mensch, der diese Dinge in ruhiger Stunde objektiv betrachtet, wird und muß also den Kapitalismus des schlimmsten Terrors bezichtigen. Was ist es denn aber, was die Gegner der Arbeiterbewegung als Terrorismus bezeichnen? Gena Streik, Boykott usw.? Mit solchen fabelschneidigen Argumentationen soll man uns nicht kommen; auch an diesen Dingen ist der Kapitalismus selber schuld, denn er ließ ja dem Arbeiter überhaupt keine andern Kampfsmittel. Man gebe dem Arbeiter die Möglichkeit, menschenwürdig zu leben, so wird keiner mehr das Bedürfnis haben, zweischneidige Waffen anzuwenden. Und vor allem darf man nicht vergessen, daß der von den Arbeiterorganisationen ausgehende Terrorismus die Hebung der sittlichen und sozialen Lage der Massen, also edle Ziele erstrebt, und während der kapitalistische Terrorismus Vorrechte und Privilegien einer herrschenden Minderheit schützt und die große Masse auf dem tiefsten Niveau eines rechtlosen Helotentums erhalten möchte. Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird sich aber durch das lächerliche Geminsel bürgerlicher Terrorismusdichter nicht aufhalten lassen, sondern wird mit und auch ohne Erlaubnis der herrschenden Klasse in gleicher Weise wie bisher ihrem Ziele entgegengehen: der Sonnenhöhe sozialer Kultur.

Cr., Hamburg.

Aus den Parlamenten.

Aus dem Reichstage. Ueber die Verhandlungen vor Otern ist noch zu berichten: Nachdem der „Militäretat“ unter den verschiedensten Zwischenfällen erledigt war, folgte der „Marineetat“ — und wurde debattelos angenommen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Genosse Singer jedoch, daß diese sich vorbehalten, bei der Verhandlung über den „Etat des Auswärtigen Amtes“ das nötige über den Marineetat nachzuholen. Genosse Seewing beflagte, daß er auf eine Beschränkung beim Marineamt über Verhältnisse auf der Werft Wilhelmshaven eine Antwort nicht erhalten habe. Die Beschwerde betraf das Tarifwesen und die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse. Der Vertreter des Marineamtes versuchte die Angriffe des Vorredners mit dem Bemerkten zurückzuweisen, daß von einem Bestreben, die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse einzuschränken, in maßgebenden Kreisen keine Rede sei.

Es folgte sodann der „Etat des allgemeinen Pensionsfonds.“ Hierbei wies der Abg. Erzberger auf das abnorme Anwachsen des Pensionsatzes hin, welches namentlich dadurch zustande komme, daß man Beamte zur Disposition stelle — obgleich sie abgearbeitet seien —, um ihnen später die höhere Pension zu sichern. Der Regierungsbektrere suchte, wie gewohnt, auch diesen Anwurf abzusütteln, indem er erklärte, daß mit jeder Heeresvermehrung die Anforderungen an den Pensionsfonds doch steigen müßten. Na, also!

Es wird weiter über die Anstellung von Militärantwärttern im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst verhandelt. Der Gang der Verhandlungen bot kein besonderes Interesse, ebenso die Diskussion über das neue Automobilgesetz. Die Haftpflichtparagrafen desselben werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge in der Fassung der Kommission angenommen.

In der nächsten Sitzung stand der „Etat für das Schutzgebiet Kiautschou“ in Verbindung mit dem „Etat für das ostasiatische Marinebataillon“ auf der Tagesordnung. Auch hier wird, wie bei unsern übrigen Kolonialetat, der Reichszuschuß zur Aufrechterhaltung des Besitzes einer abfälligen Kritik unterworfen, trotzdem Staatssekretär v. Tirpitz versuchte, als alter Seemann, Del auf die Wogen der Entrüstung zu springen; er erklärte, daß die Marineverwaltung innerhalb fünf Jahren den Reichszuschuß für Kiautschou um sechs Millionen herabgedrückt habe. Unser Genosse Lebebour wandte sich in der Debatte gegen die Geldauswendungen zugunsten der Chinesen in Kiautschou, indem er sagte: „Es fragt sich, ob es sich für die deutschen Steuerzahler lohnen kann, dort Gelder fortzuwerfen für Chinesenschulen, Wasserleitungen und schöne Bauten; das mag ja für die Chinesen ganz schön sein, vom Standpunkt der Deutschen in Deutschland aber einfach sinnlos.“ Der „Etat für Kiautschou“ sowie der des „ostasiatischen Marinebataillons“ wurde aber in der Kommissionsfassung genehmigt, d. h. acht Millionen jährlich für diesen Zweck bewilligt. — Ebenso wird das Automobilgesetz in dritter Lesung angenommen.

Der folgende Tag brachte bei vollbesetzten Tribünen die Beratung über den „Etat des Reichszanzlers“ und das „Auswärtige Amt“. Einleitend nahm hier das Wort der Reichszanzler und verbreitete sich in langer Rede über die auswärtige Politik, mit der Versicherung, daß nun die Streitkräfte in Europa wieder begraben und überall Friedensschalmeien ertönen, auch in Serbien. Nachdem die Abgeordneten Hertling, Graf Ranitz, Wassermann, Schrader, Lebebour u. a. gesprochen, und unsre Redner sich vor allem gegen die unsinnige Betrüßerei mit England gemandt hatten, nahm noch einmal das Wort der Reichszanzler, um den bürgerlichen Parteien seinen Dank auszusprechen für die Unterstützung seiner Politik; nebenher erfüllte der Genosse Lebebour eine Anrembelung in bezug auf seine Ausführungen über Politik. Nachdem dann Herr v. Tirpitz behauptete, daß keine Beschleunigung im Bau von Kriegs-

schiffen stattgefunden habe, schließt die Debatte über auswärtige Politik.

Mit großer Spannung sah man dem folgenden Verhandlungstage entgegen, man vermutete allgemein eine Sprengung des Blocks. Doch die Hoffnung auf den Zusammenbruch dieses schon lange von Rissen und Sprünge zerflühten Gebildes politischer Laune war eine trügerische. Zwar gaben die Redner aller Parteien ihr Votum dahin ab, daß das neue Finanzgesetz den bereits morschen Block stützen könne, jedoch waren die Ansichten bezüglich der Katastrophe auseinandergehend. Der Abg. Bassermann hoffte auf die „Festigkeit der Regierung“ in der Finanzfrage als Stützmittel des „Blöckchens“. Der Abg. Wiemer ergänzte die Ansicht des Vorredners und führte unter lärmendem Widerspruch der Konservativen aus, daß die agrarischen Sturmflut hauptsächlich als Ursache der „Blöckchenschwächung“ zu betrachten seien. Gaußmann von der Volkspartei rief aus: „Der Block ist durch das Verhalten der Rechten des Vertrauens beraubt; er ist tot!“ Genosse David ging nicht soweit in seiner Diagnose, er meinte aber achselzuckend: „Was aus dem Block wird — wer weiß es? — Er röchelt noch!“ — Zuberjählich äußerte sich der Reichskanzler, indem er sagte: „Der Block ist nicht tot, er ist nicht einmal im Verröckeln. Der Block, dem Gedanken der Paarung liberaler und konservativer Geister entspringen, wird vielmehr wieder aufleben — er wird uns alle überleben!“

Abwarten! Sollte es infolge der Härte des Blocks gegenüber der Finanzreform zu einer Auflösung des Reichstags kommen, so dürfte es mit der „Paarung des liberalen und konservativen Geistes“ wohl „Matthäi am letzten sein.“ Diesen Gedanken sprach auch der Genosse Dr. David aus, als er seine Rede schloß: „Vielleicht appelliert man noch ans Volk. Die Wahlen würden sicher eine Mehrheit für die Regierungsvorschläge bringen.“ — Der Reichskanzler warnte denn auch die Widersacher der direkten Steuern, indem er betonte: „Die Regierung bleibt dabei, daß von der halben Milliarde ein Teil durch Besitzsteuer aufgebracht werden muß.“ Nachdem man sich in der Debatte noch in bezug auf die Finanzreform weiter die Meinung gesagt, wurde der Titel „Reichskanzler“ genehmigt. Eine Resolution der sozialdemokratischen Fraktion: „Begrenzung der Rüstungen zur See und Verzicht auf Präsenzrecht“, wurde abgelehnt.

Beim „Etat des Auswärtigen Amtes“ befürwortete Abg. Roeten eine Resolution des Zentrums, welche sich auf die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Herstellung und Verbreitung unästhetischer Schriften und Bilder durch das Ausland bezieht. Auch Müller-Meinung will den Handel mit derartigen „Ansprüngen“, soweit das Ausland denselben verschuldet, wirksam beugen. Eine Verschärfung des Strafrechts bedürfte es jedoch nicht, denn auch nach seiner Meinung läßt sich mit Polizei gegen unästhetische Verzierungen nicht viel machen. Es wurde ferner über die Bildung von internationalen Schiedsgerichten debattiert, und die Bevorzugung des Adels in der Diplomatie abfällig kritisiert. Der Regierungsvorredner suchte auch hier beruhigend einzuloten. Graf Kanitz verteidigte noch die Schutzpolitik gegenüber dem Abg. Gotheim im Hinblick auf die Einfuhr amerikanischer Stiefel. Damit schließt die Diskussion und das Behalt des Staatssekretärs wurde bewilligt.

Erledigt wurden noch die Beratung über das Kapitel: „Eisenbahnen und Konsulate“ und der „Etat der Reichseisenbahnen“, wobei gleichfalls verschiedene Uebelstände kritisiert werden mußten. Der Straßburger Abgeordnete bedauerte, daß die Befolgungsverbesserungen immer noch auf sich warten lassen. Genosse Böhle tadelte die Bahnhofszenen, nach welcher neuerdings neben sozialdemokratischen Plakaten auch Witzblätter vom Bahnhofsvertrieb ausgeschossen sind. Auch gegen die Bevormundung der Beamten in bezug auf ihre politische Gesinnung wandte sich Redner. Der Eisenbahnminister suchte fernere Anzapfungen auszuweichen, indem er versprach, jede sachliche Kritik zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Dem Genossen Enmel wurde ein zweimaliger Ordnungsruf zu teil, weil er dem Eisenbahnminister als brutal hinstellt und den Adel der Gesinnung abspricht. Bei dem Titel Etat des Reichsschatzamts entspann sich nochmals eine Diskussion über „Schutzoll und Freihandel“.

In einer weiteren Sitzung wandten sich die Genossen Enche und Gué besonders gegen das in Aussicht stehende Vergesetz; Gué rief: „Die Vergarbeiter werden es sich nicht gefallen lassen, wenn diese verbrecherische Vergnoble Gesetz wird. Sübekum fragte den Staatssekretär, ob er, entsprechend einem Beschlusse des Reichstags, für neue Wahlurnen gesorgt habe und wird dahin beantwortet, daß die verschiedenen empfohlenen Systeme noch der Prüfung unterliegen. Der „Etat des Reichsamt des Innern“ ist hiermit erledigt.

Am letzten Sitzungstage vor Ostern fanden noch zwei Sitzungen statt. In dritter Lesung wurden erledigt „Militäretat“, „Marineetat“, „Postetat“, sowie sämtliche übrigen „Spezialetat“ und dann der Gesamtetat nebst Etatsgesetz angenommen. Verschiedene Resolutionen gelangten zur Annahme. Die Tagesordnung ist dann erledigt und der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf den 20. April.

Zum Schluß wünschte der Präsident den Abgeordneten „Kraft, Frische und Gesundheit, um so mehr, als er überzeugt sei, daß es auch nach Ostern an Arbeit nicht fehlen wird.“ — Hoffentlich ist es fruchtbringende Arbeit!

Berichte aus den Wahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzufenden.)

Landshut. Anschließend an die letzte Protestversammlung gab Kollege Gumpendobler den Mitgliedern die statistischen Erhebungen über die tarifbrüchigen Meister in Landshut bekannt, sowie, daß Tarifverlegungen dem Tarifamt sofort zu melden sind, damit der betreffende Meister eines Besseren belehrt werde. Gumpendobler erinnerte weiter daran, daß ab 15. April M. 1 Lohnaufbesserung für die Kollegen zu erfolgen hat, und wo diese noch nicht eingetreten sei, müsse der Verbandsleitung Anzeige erstattet werden. Auch geht an die Kollegen Landshuts der Appell, wenn wieder Fragebogen ausgegeben werden, dieselben genau und gewissenhaft auszufüllen, um ein einwandfreies Material über die neue Lohnzahlung zu erlangen. Dem Kollegen Willeneder wurden M. 5 Gratifikation für seine Arbeit als Vorstandsmittglied zugewiesen.

Bäckerei-Mißstände.

Wo bleibt die Bundesratsverordnung? Seit dem 1. April ist die Brotlieferung für die Marine in Würmit (Schleswig-Holstein) der Brotfabrik Alldag & Co. übertragen. Durch die dadurch dem Betriebe entstandene Mehrbelastung an Arbeit sind Zustände in dieser Bäckerei eingetreten, die jeder gesetzlichen Bestimmung Hohn sprechen. Leiter und Mitinhaber der Fabrik ist der bekannte Vorsitzende des Flensburger Arbeitgeberverbandes. Die Arbeitszeit dauert für einige bei 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Ruhepausen gibt es in dieser Zeit sehr wenig, kaum daß die Leute ein Stück Brot essen können. Teilweise gibt es auch keine Mittagspause. Für zwölf Stunden fast ununterbrochener, täglicher Arbeitszeit erhalten die Bäcker den horrenden Lohn von — sage und schreibe — M 20 pro Woche. Für Ueberstunden gibt es ganze 35 S. Man fragt sich unwillkürlich, weshalb die Bundesratsverordnung für diesen Betrieb nicht existiert. Daß Herr Molken Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, oder daß das Brot für die Marine dort gebacken wird, oder daß er Stadtverordneter ist, kann ihn doch nicht von den gesetzlichen Bestimmungen befreien. Das System, womit dieser Mann die ganze hiesige Arbeiterschaft „beglücken“ will, ist: niedriger Lohn, unendliche Arbeitszeit und das Maul halten. Da ihm das bisher nicht gelungen ist, sucht er es durch das Maßregelungsbureau, genannt Arbeitsnachweis, zu erreichen. Wir fordern aber von der Polizei und dem Gewerbeinspektor, daß sie den gesetzlichen Bestimmungen in diesem Betriebe Geltung verschaffen.

Eine Musterbäckerei ist diejenige des Herrn Franz Magdeburg in Friedrichshagen-Berlin. Dieser Meister nimmt z. B. den Anschlagkessel und macht darin heißes Wasser, um damit das Kilolett nachzuspülen, hantiert mit der Bürste herum und löst auch in diesem Kessel stinkende Mäusefallen. Auf den Vorhalt eines Kollegen, daß er solches doch nicht machen dürfe, antwortete er: „Kommen Sie nur her, ich wasche Sie auch noch darin ab!“ Auch nimmt er die Scharen, die zum Neuteufel dienen, und reinigt damit die Türschwelle und auch die Steine davor, weil der Hof nicht gepflastert ist. Seine Hühner amüsiert sich öfter auf dem Frühstückswagen (hier werden Kinderwagen als solche benutzt), und da die Hühner ihre Bedürfnisse bekanntlich nicht immer in besonderen Abwinkeln befriedigen, so werden sie möglicherweise auch in den Wagen ab und zu Unrat hinterlassen. Der Mehlhoben ist direkt unter dem Dache und mit Säcken ausgeglichen, die schon lange Jahre dort diesen Dienst verrichten; in den Hagen der Säcke ist Rattenmist und andres zu finden. Wenn einmal ein Sad reißt, muß alles ins Mehl fallen. Motten und Käfer sind auch an der Tagesordnung, ebenso Mäuse. Wenn abends angefangen wird, müssen immer erst die Fenster gelüftet werden, damit sich der Gestank etwas verziehen kann; wird dann Licht, so sieht man erst die Bejehung: da liegen auf den Beuten, den Wiegeschalen, den Mehlkippen usw. die schwarzen kleinen „Kümmelförner“. Auch in der Sparfomkeit ist Herr Magdeburg — er ist Zimmermann — groß. Wenn sich die Kollegen Bier wegstellen, weil sie vielleicht einmal keinen Durst haben, so nimmt es der Herr einfach und stellt es zur nächsten Mahlzeit wieder an. So hat er 30 S gespart. Und da er an den Wacktagen das Wackgeld selber einsteckt, so hat er jetzt, vor Ostern, einen Kollegen, der schon anderthalb Jahre da war, entlassen, weil er wahrscheinlich befürchtete, daß dessen Ansprüche zu hohe geworden wären.

Herr Fleischmann in Cöln a. Rh. Wenn man öfter Gelegenheit hat, die Logis der Bäckergehilfen, welche ihnen von ihren Arbeitgebern zur Verfügung gestellt werden, zu besichtigen, so wundert man sich wirklich nicht mehr, daß die Herren Bäckermeister dieses System beibehalten wissen wollen. Machen sie doch ein recht nettes Geschäft dabei.

In der Bäckerei des Herrn Fleischmann, Meyerstraße, sind beschäftigt: sieben Bäcker, zwei Lehrlinge, zwei Konditoren und drei Hilfsarbeiter. Diese 14 Mann sind, mit Ausnahme des Ergitgehilfen, alle in Kost und Logis bei Herrn Fleischmann. Das Logis der Bäcker wäre sehr der Wohnungskommission zur Besichtigung zu empfehlen. In drei kleinen Mansardenzimmern mit kleinen Klappfenstern sind in acht Betten zehn Mann verjast. Es müssen zwei und zwei Mann zusammen schlafen. Die Strohdäcke sind zerrissen und treibt sich das vollständig verlegene Stroh auf dem Fußboden herum. Mit den Worten: „Wenn's nicht paßt, hört op“, erledigt Herr Fleischmann die Beschwerden über seine Kost- und Logisverhältnisse. Herr Fleischmann weiß, daß bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit er immer Gesellen bekommen kann und sogar genug von denen, die damit zufrieden sind, nach schwerer zwölfstündiger Arbeit auf hartem Strohlager zu zwei in einem Bette ihre Knochen austreten zu können. Wenn aber selbst diese zufriedenen Leute, die nicht einmal den Mut besitzen, sich ihrer Organisation anzuschließen, sich über die Kost beschweren, die ihnen verabreicht wird, dann kann man sich ungefähr einen Begriff machen, wie diese beschaffen sein muß. Es läßt sich überall was heraus schlagen, denkt Herr Fleischmann, man muß nur verstehen, sein Publikum zu täuschen. So hat Herr Fleischmann auch auf allen seinen Reklamen die Worte: „Garantiert reine Naturbutter“ — darunter versteht er aber auch Margarinebutter und Kunstfette, die fleißig bei ihm verarbeitet werden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

k. Der vierte Verbandstag der Hoteldiener, der vom 13. bis 16. April in München tagte, beschloß mit 37 gegen 2 Stimmen (bei 2 Stimmenthaltungen) die Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen. Die Vornahme einer Urabstimmung über diese Frage wurde mit überwältigender Majorität verworfen und den Anschlußbedingungen der Gastwirtsgehilfen zugestimmt. Die Verschmelzung war eine Notwendigkeit und auf dem Verbandstag konnten auch keine gewichtigen Gründe dagegen vorgetragen werden. Die Verhandlungen dieses Punktes nahmen fast eineinhalb Sitzungstage in Anspruch, aber ohne daß heiß um die Selbstständigkeit des Verbandes gestritten wurde. Das Referat hatte P o m m e r t - Berlin, dem es leicht ward, die Vorteile einer Verschmelzung den Delegierten vor Augen zu führen. Der Korreferent H e n r i c h - Wies-

baden beschränkte sich darauf, eine Urabstimmung zu verlangen und erwähnte so nebenbei und ohne Gründe dafür anzuführen, die Verschmelzung wäre noch verfrüht. In der Diskussion traten besonders lebhaft und mit Geschick die Vertreter des Gastwirtsgehilfenverbandes, die Genossen Bösch und Ströhlinger, für die Verschmelzung ein. Auch der Vertreter der Generalkommission, Genosse K n o l l, plädierte für die Verschmelzung. Ebenso die Hauptverwaltung des Hoteldienerverbandes. Von der Mehrzahl der Redner aus den Reihen der Delegierten wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt. Einige verlangten mit dem Korreferenten Urabstimmung, die Masse der Mitglieder sollte entscheiden. Andre wiederum, die etwas kleinlich veranlagt waren, verlangten, das Vermögen der Hoteldiener müsse „gesichert“ werden, den Gastwirtsgehilfen solle pro Mitglied der Hoteldiener nicht mehr bezahlt werden, als die Gastwirtsgehilfen pro Mitglied an eigenem Vermögen besitzen.

Vor Erledigung des Punktes: „Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfenverband“ nahm der Verbandstag den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Der Geschäftsbericht konstatiert einleitend mit Bedauern, daß trotz angestrengter Arbeit in der Berichtszeit (1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1908) fast kein Fortschritt zu verzeichnen ist, was wohl seinen Grund in der schweren Zugänglichkeit der Kollegen habe, und diese sei wiederum durch die lange Arbeitszeit, das Kost- und Logiswesen, das Trinkgeldsystem u. a. verursacht. In der Berichtsperiode sind zwar 2645 Mitglieder beigetreten, aber 2560 verloren gegangen. Am 1. Januar 1907 zählte der Verband 2941 und am 31. Januar 1908 3234 Mitglieder, die Zunahme ist also eine geringe. In sechs Orten sind neue Ortsverbände gegründet worden, fünf Mitgliedschaften gingen aber verloren. In der Diskussion über den Bericht wurde an der Tätigkeit des Vorstandes Kritik geübt, er hätte eine intensivere Agitation entfalten sollen.

An den beiden letzten Verhandlungstagen nahm der Verbandstag eine Reihe Referate entgegen, von denen wir die wichtigsten herausgreifen. Ueber Arbeitslosenunterstützung referierte W i e s e c k e - Berlin, der für die Schaffung dieser Unterstützung plädierte. In der zu diesem Punkte angenommenen Resolution wird die Hauptverwaltung beauftragt, im kommenden Winterhalbjahre Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den gesamten Verbandsmitgliedern vorzunehmen, um für den nächsten gemeinschaftlichen Verbandstag die Grundlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu schaffen. Bezüglich einer Schutzgesetzgebung im Gastwirtsgewerbe präziserte der Verbandstag seine Meinung in einer Resolution, in der es heißt:

„Der Verbandstag fordert von neuem, daß den berechtigten Forderungen der Hoteldiener, den gesamten Gastwirtsangestellten einen gesetzlichen Ruhetag zu gewähren, endlich Rechnung getragen wird.“

Des weiteren erwartet der Verbandstag, daß auch das Gastwirtsgewerbe der Unfallversicherung unterstellt wird.“ In einem Referat über das **Kost- und Logiswesen** im Gastwirtsgewerbe wurden erbärmliche diesbezügliche Zustände geschildert. In der angenommenen Resolution wird gesagt:

„Die den Angestellten im Gastwirtsgewerbe von Unternehmern gewährten Kost und Logis entsprechen in hygienischer und sanitärer Beziehung in den meisten Fällen nicht den allerbestmöglichen Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkt aus ist daher der Kost- und Logiszwang zu bekämpfen.“

Der Kost- und Logiszwang hemmt den sozialen Fortschritt der Angestellten im Gastwirtsgewerbe.

Der vierte Verbandstag fordert daher, so wie es von andern Arbeitercorporationen wiederholt geschehen ist, die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichsmährung zu berechnen und in bar auszuzahlen. Solange eine gesetzliche Regelung dieser Materie nicht erfolgt ist, fordert der Verbandstag, daß die Regierungen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Dies kann zunächst am besten dadurch geschehen, daß eine regelmäßige Kontrolle der Wohn- und Schlafräume der Angestellten angeordnet und auch durchgeführt wird.

Der vierte Verbandstag der Hoteldiener fordert daher von den Regierungen, diese Anordnungen zu erlassen.“

Gewerbegerichtliches.

Meister und Geselle, die einander wert sind. In Darmstadt fand kürzlich eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht statt — sie fand allerdings noch nicht ihre Erledigung — die ein schönes Licht auf die beteiligten Personen wirft. Auf Zahlung von M. 21,50 für acht Tage Kündigung klagt der aus Mainz stammende Bäckergehilfe Winkler, Sohn eines dortigen Bäckermeisters, gegen den Bäckermeister Wilhelm Menges. Kläger will zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt gewesen sein, weil er von dem Meister in betrunkenem Zustand geschlagen und im Gesicht und am Hals getraht wurde. Beklagter behauptet, daß er Kläger nicht mehr habe beschäftigen können, da er immer betrunken gewesen sei. Nachdem Meister und Geselle sich gegenseitig Trunkenheit an den Kopf geworfen und schöne Liebenswürdigkeiten gesagt hatten, wird Beweisbeschluss durch Vernehmung von sechs Zeugen angeordnet. Jeder der beiden Teile hat M. 7,50 Kosten vorzulegen.

Genossenschaftliches.

Der Geschäftsbericht des Konsumvereins für Oldenburg, welcher diesmal acht Monate umfaßt, weist einen Mitgliederbestand von 4546 auf. Der Umsatz im eignen Geschäft betrug M. 1.150.137,05. Die Gewinnerrechnung ergibt, einschließlich der Bäckerei und Mieten, an Bruttoertrag M. 171.993,39, dem an Geschäftskosten, einschließlich dem gewährten Rabatt von acht Prozent, M. 155.258,20 gegenüberstehen, so daß dann noch ein Nettogewinn von M. 16.735,19 verbleibt.

Konsumverein Höchft a. M. Die Mitgliederzahl beträgt nach Ablauf des 17. Geschäftsjahres 2047 und der Umsatz im eignen Geschäft M. 608.550. An Reinerlöbrigung werden M. 3684,40 gebucht. Bis Oktober 1909 soll eine Bäckerei mit zwei Dampfbacköfen fertig werden.

Aus dem Innungslager.

Die empörten Breslauer Bäckermeister. In letzter Zeit waren wir gezwungen, eine ganze Anzahl Bäckermeister wegen Gesetzesübertretung zur Anzeige zu bringen. In den meisten Fällen handelte es sich um Ueberschreitung des Maximalarbeitstages, denn die Breslauer Bäckermeister sind der Meinung, für sie existiere kein Gesetz. Die rabiatesten Kräfte wurden außerdem noch in der „Kollschwacht“ der allgemeinen Beachtung empfohlen. Diese letztere Maßnahme scheint nun einigen dieser Herren ziemlich an die Nieren zu gehen. Einer dieser Wutschmaubenden orafelte kürzlich auf der Egelwiese der „Schlesischen Bäckerzeitung“ über „eine neue Art Verurteilungserklärung“. Damit meinte er unsere Bekanntgabe von Bäckermeisterständen in der „Kollschwacht“. Obgleich sonst unter jedem eingedruckten Artikel in der schlesischen Meisterzeitung der Name des Einsenders steht, so hat der Schriftsteller des vorgenannten Artikels nicht den Mut dazu, sondern zeichnet nur mit Z. W. Der Herr hat auch wohl alle Ursache, seinen Namen nicht zu nennen. Denn wer solche Zustände, wie die von uns in letzter Zeit veröffentlichten, noch in Schutz nehmen will, ist entweder auch so ein Schweinigel oder er hat noch nie eine Bäckerei gesehen. Die Veröffentlichung der Schweinereien in der Bäckerei Sotta hat es dem Herrn besonders angetan und will er alle Schuld auf die Gesellen wälzen. Sollte der Herr nicht wissen, daß Herr Sotta von der Verbandsleitung auf alle Mißstände aufmerksam gemacht und ersucht wurde, diese zu beseitigen? Wer aber nicht hören will, muß fühlen; so auch in diesem Falle. Solange die Breslauer Bäckermeister sich nicht an eine bessere Behandlung der Gesellen und Lehrlinge gewöhnen und die Schutzgesetze nicht beachten, solange werden wir auch die Gesetzesübertreter dorthin stellen, wo sie hingehören: an den Pranger! Unbekümmert um das Wutgeschrei einiger Scharfmacher!

Als sozialdemokratische Lüge bezeichnet die „Schlesische Bäckerzeitung“ unsere Behauptung, daß jetzt, nachdem die Meisterkreise in der Leitung der Diskontantenkasse sitzen, monatlich M 25 an persönlicher Entschädigung gezahlt werde. Es gehört die Unverfrorenheit dieser Meisterzeitung dazu, Tatsachen abzutreten. Nach Angaben eines Vorstandsmitgliedes der Kasse erhält Bäckermeister Hoffmann als Vorsitzender M 15, der zweite Vorsitzende Jungnick M 10 monatlich. Wofür letzterer die M 10 erhält, ist uns noch nicht klar. Ob dafür, daß er hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß die Leitung der Kasse den Gesellen abgenommen und den Meistern übertragen wurde? Wenn dies der Fall wäre, müßte man die M 10 allerdings nicht persönliche Entschädigung, sondern als Verräterlohn bezeichnen.

Die Scharfmacher in der Umgegend von Göschl a. M.

Daß seit Abschluß des Tarifes 1907 die Höchster Innung den Verband als Vertreter der Gehilfenschaft ansieht, und daß auch von sämtlichen Meistern der Tarif eingehalten wird, muß ohne weiteres anerkannt werden. Veranlassung, an die Deffentlichkeit zu gehen, liegt also in dieser Beziehung nicht vor. Anders steht es aber in Nied und Unterliederbach, wo die Meister wohl den Tarif gleichfalls abgepfiffen haben — aber das Einhalten fällt ihnen nicht ein. Sie spielen jetzt die Scharfmacher und erweisen sich als wirkliche Hege gegen friedliche Vereinbarungen! Das konnte man kürzlich wieder einmal deutlich auf einem Festeffen mit Klavier und Frankfurter Komiker erleben, das sich die Herren leisteten. Nach der Festivität haben verschiedene Meisterlein in seliger Weinstimmung nachts ihren Gehilfen aus der Schule geplaudert und verraten, wie die Bauernbäckermeister gegen den Tarif hielten. Wenn er abgekauft wäre, dürfte niemals wieder einer abgepfiffen werden, dafür würden sie (sie waren auf dem Festeffen besonders stark betreten) schon sorgen. Nun, wir sagen: Immer abwarten, wir sind auch noch da!

Aus dristlicher und gelber Werkstatt.

Gustav Wischnöbski in Darmstadt. Schon lange liefen hier verschiedene Leute mit dem Gedanken schwanger, diesen Helden einmal hierher kommen zu lassen, um die verdammten Notizen tödlich zu lassen. Am Donnerstag, 15. April sollte ihnen das Glück beschieden sein, ihn zu hören. Die Tagesordnung lautete: 1. Gründung und Bedeutung des Bundes; die angestrebte Sonntagsruhe und das Verhalten unserer Gegner. 2. Diskussion.

Der Versammlungsleiter, Dremwiz, machte gleich eingangs bekannt, daß jeder, der einen Zwischenruf mache, einen Ordnungsruf erhalte, und nach dem zweiten Male werde er von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Er ließ diese Phrase mindestens zehnmal im Laufe der Versammlung erschallen. Auf die Ausführungen Wischnöbskis einzugehen, lohnt sich natürlich nicht; er hat seinen schon oft geschilberten Weisheiten auch hier keine neuen anzufügen verstanden.

Zum Schluß glaubte er aber noch dem Vogel den Schwanz abzuschneiden zu müssen, indem er aus voller Lunge ausrief, wenn heute die Führer unseres Verbandes sagen würden, wer austreten wolle, könne austreten, dann würden mindestens zwei Drittel der Mitglieder ohne weiteres verloren sein, nur der Terrorismus halte den Verband zusammen.

Dremwiz glaubte auch jetzt wieder nach Belieben schalten zu können, indem er die Redezeit ohne weiteres auf zehn Minuten festsetzen wollte, die Versammlung stimmte ihm schließlich zu, um mit dem Kampf um die Redezeit nicht die Zeit zu verdröbeln.

Als erster Redner ergriff Kollege Kumeleit das Wort, ihm folgten Heißwolf und Dengel. Es wurde dem Referenten gehörig zugefetzt, und der Beifall bewies, daß der Boden für die Gelblinge in Darmstadt sehr begrenzt ist. Besonders als Kollege Dengel auf das Sprechewesen und die im letzten Jahre von Seiten des Gesellenausschusses eingereichten Forderungen und das Verhalten der Innung zu sprechen kam, löste sich stürmischer Beifall aus, ein Zeichen, daß die Gehilfen wissen, wo sie der Schuh drückt. Auch Dremwiz versuchte, mit allerlei Witzchen die Versammlung zu unterhalten, hatte aber wenig Glück. Wischnöbski zeigte, wie schon so oft in anderen Städten auch hier erst in seinem Schlußwort, sein wahres Gesicht, denn an Verdrehungen ließ er da nichts mehr zu wünschen übrig. Unter anderem meinte er, daß der Bund schon Erfolge zu ver-

zeichnen habe, beweist die Tatsache, daß er hier sprechen könne; vor zwei Jahren hätten wir ihn hier noch nicht sprechen lassen! Soviel haben aber die hiesigen Gehilfen nun gesehen, daß sie vom gelben Bunde keine Hilfe zu erwarten haben, und hoffentlich werden sie bald den richtigen Weg finden, um ihre tieftraurige Lage verbessern zu können.

Der gelbe General in Mainz. Die hiesigen Kollegen hatten am 13. April Gelegenheit, Wischnöbski kennen zu lernen. Unerwartet gelangten in Mainz und Wiesbaden am Dienstag, 13. April, Einladungen zur Ausgabe, die zu einer öffentlichen Versammlung nach Mainz die Kollegen aufforderten, und zwar mit der Tagesordnung: Zweck und Ziele des Bundes. Referent Gustav Wischnöbski. Eine Anzahl Kollegen gondelten auch von Wiesbaden nach Mainz, um Gustav zu hören; außer denselben war noch eine größere Zahl unserer Mainzer Mitglieder anwesend. Von den „vielen“ Gelblingen in Mainz war wenig zu sehen. Gleich bei Eröffnung wurde die Tagesordnung geändert, und legte dann der Referent mit seinem bekannten Vortrag los. Vorher hatten wir noch die Anfrage gestellt, ob freie Diskussion statfinde, und wurde dieses bejaht.

Aus Wischnöbskis Ausführungen wollen wir bloß erwähnen, daß er selber erklärte: „Jeder Jud lobt seine Ware“. Im Verbands, wo man bekanntlich von Gleichheit und Brüderlichkeit spreche, sei es schlecht mit der Gleichberechtigung bestellt, wer nicht nach der Verbandspreisliste tanze, der liege. In der Diskussion sprachen unsere Kollegen Herrmann, Dengel, Böhm, Schoschnig, Wismann, Buch, Scharf, Kimmes, Humiller; sie alle gingen mit dem Referenten scharf ins Gericht, und war es ein leichtes seine Kalauer zu widerlegen. Auch hier zeigte er erst in seinem Schlußwort seinen wahren Charakter; was er sich da alles vorwindelte, geht auf keine Kuhhaut. Auf unsere Behauptung, daß der Bund von Seiten der Meisterschaft ausgehalten werde, hatte er erst kühl erklären wollen, daß dieses nicht wahr sei; als er aber sah, daß der Wind schlecht steht, verbesserte er sich dahin, wenigstens zum Bundestage nicht! Bei der ganzen Komödie blieb natürlich häufig das Lachen nicht aus. Seiner Festnagelung durch Kollegen Dengel, daß er sich als Gegner von gesetzlichem Arbeiterschutz produziert habe, suchte er sich durch die Behauptung zu entwinden, daß er nur die polizeilichen Verordnungen, die sich auf die Anlagen der Bäckereien beziehen, gemeint habe. Das Schlußwort war das reinste Lachenspielerkunststück, und die meisten Kollegen sind mit dem Gedanken nach Hause gegangen, daß, wenn er überall in gleicher Weise mit der Wahrheit umspringt, den Kollegen selbst die Augen aufgehen und sie den Weg zu ihrer einzigen Interessentenvertretung, dem deutschen Bäcker- und Konditorverbände, finden werden. Daß der Bund nicht den Willen hat, die Lebenslage der Bäckergehilfen zu verbessern, hat dieses einmalige Gastspiel des großen Generals auch hier zur Genüge gezeigt. Darum, Mainzer Kollegen, auf zur Mitarbeit, auf zum Sieg!

Die Duffelwäher. Nach dem Bericht der „Schlesischen Bäckerzeitung“ hat der Gesangverein „Konfordia“ ein Winterfest unter dem Namen: „Gesangverein Keuchhusten in Duffelwäher“ veranstaltet. Wie mehrere Teilnehmer berichten, war der Name des Festes das einzige, was als gut und passend bezeichnet werden konnte. Wir hätten von dem Fest selbst keine Notiz genommen, wenn nicht die Meisterzeitung mit ihrem Bericht uns dazu veranlaßt hätte. Es heißt in dem Bericht u. a.: „Der Gesangverein der Breslauer Bäckergehilfen erfreut sich schon seit Jahren einer großen Beliebtheit seitens der Herren Meister, gehören doch dem Verein selbst mehrere Meister als Mitglieder an.“ Daß sich der Verein bei den Meistern einer Beliebtheit erfreut, ist erklärlich, denn es sind fast mehr Meister als Gehilfen darin und haben letztere „nichts zu seggen“. Die Meister bestimmen alles und darf sich kein Geselle erlauben, über irgendeine Sache eine andre Meinung zu haben als die Herren Meister. Von einem Gesangverein der Breslauer Gehilfen kann man also hier schlecht reden. Ein Teil der „Konfordia“-Gefellen hat es auch schon satt, sich von den Meistern bevormunden zu lassen. Wenn die Meisterzeitung zum Schluß schreibt: „Im Gesangverein „Konfordia“ ist die Elite der Breslauer Bäckergehilfen, und sollte je ein Versuch der roten Gesellen, Unruhe im Bäckerhandwerk zu stiften, versucht werden, wird dieser gewaltig zurückprallen an dem guten Sinn der meistertreuen Gehilfen“ — so weiß man nicht, ob man über diese dumme Phrase lachen oder die Gefellen bedauern soll, die sich so etwas bieten lassen. Das gute „Einbernehmen“ besteht ja nur so lange, wie sich die Breslauer Gehilfen für ein Butterbrot das Fell über die Ohren ziehen lassen; so billige Gefellen wie heute, auf deren Kosten sie faulenzeln können, finden die Breslauer Kräfte nicht wieder. Aus diesem Grunde huldigt auch ein großer Teil der Breslauer Meister der Devise: „Solange der Bauch in die Weste paßt, wird keine Arbeit angefaßt.“ Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit die Breslauer Kollegen darauf aufmerksam machen, daß wir hier doch einen Gesangverein für Bäckergehilfen haben, wo die Meister nichts zu sagen haben; es ist der Gesangverein „Echo“. Die Gesangstunden finden jeden Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Schwan“, Kupferschmiedestraße 22, statt. Alle fangeslustigen Kollegen sind freundlichst nach dort eingeladen.

Die „Gelben“ in Chemnitz. Am 15. April tagte hier eine von den „Gelben“ einberufene Versammlung, zu welcher wir besonders durch ein Schreiben, das allerdings erst am 14. in unsere Hände kam, eingeladen worden waren. Begreiflich war es daher, daß nur einige Verbandskollegen sich eingefunden hatten. Man versuchte obendrein, uns trotz dieser Einladung von vornherein die Redezeit auf eine viertel Stunde zu beschneiden, was aber an unserm energischen Proteste scheiterte.

Die Behandlung des Hauptpunktes der Tagesordnung: „Der letzte Schlag des Verbandes gegen das Handwerk und die Beschimpfung unserer Vorstandsmitglieder“, legte ein Zeugnis von der niedrigen Kampfesweise der Gesellschaft ab. Im übrigen war das Referat, das Claus-Leipzig übernommen hatte, so interessant, daß kein Diskussionsredner, nicht einmal die Bäckermeister, darauf eingingen. Es wäre besser, Claus würde sich bereit einmal mit den elementarsten Kenntnissen vertraut machen. In längeren Ausführungen gab Kollege Granz dann ein kleines Bild

von der organischen Entwicklung der gewirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und konstatierte, daß auch der Bäckergehilfe sich allmählich des Rechtes, als Mensch zu leben, bewußt wird. Bäckermeister Reichel und Uhlmann ließen daraufhin kein Mittel unberührt, um die Ausführungen des Kollegen Granz zu entkräften. Nachdem sie aber Satz für Satz gepriift, zeigte es sich, daß nichts widerlegt werden konnte. Damit sie wenigstens etwas einwendeten, kamen sie auf den genialen Gedanken, wir sollten helfen, die finanzielle Lage der Bäckermeister zu verbessern, und Bäckermeister Reichel erklärte: „Trotzdem die Ausführungen des Herrn Granz zum größten Teil den Tatsachen entsprechen, waren sie etwas zu „phantastisch“ angelegt. Bäckermeister Uhlmann aber meinte — und damit wird er wohl Recht behalten — „mit dem Bau der Konsumbäckerei werden auch bessere Verhältnisse in unser Gewerbe einziehen.“ Granz ging dann nochmals mit den Bäckermeistern ins Gericht und sagte ihnen unumwunden, sie kämen bloß hierher, um die Bäckergehilfen zu bestimmen, damit letztere für unbegrenzte Ausbeutung ge-fügig bleiben. Auch einige andre Verbandsmitglieder beteiligten sich an der Debatte. Der Referent suchte in seiner Ohnmacht schließlich zu retten, was zu retten war; die Gelben und ihr Anhang benahmen sich wie die Gerber, denen die Felle fortgeschwommen sind.

Kurz vor Schluß der Versammlung wurde dann noch eine Resolution verlesen und auch mit Stimmenmehrheit angenommen; eine Anzahl Kollegen erklärte uns jedoch, nach Schluß der Versammlung, daß nur die Anwesenheit der Meister und der Abstimmungsmodus daran Schuld gewesen wären, wenn sie für die Resolution gestimmt hätten. Die Gegner der Resolution hatten nämlich unter den Augen der Meister aufstehen müssen.

Die so liebevoll überwachte Versammlung hat wieder einmal gezeigt, daß, wenn wir nicht auf dem Plane erscheinen, alle Veranstaltungen der Gelben völlig bedeutungslos bleiben. Auch hier setzt sich die gelbe Bewegung nur aus etlichen Meisterkandidaten und einigen unerfahrenen jungen Kollegen zusammen. Erwähnenswert ist noch, daß selbst Herr Uhlmann gegenüber Verbandskollegen seine Achtung über die sachlichen Ausführungen unserer Redner ausgesprochen hat. Also selbst Bäckermeister rücken von den Gelben ab.

Werden die Chemnitzer Kollegen nun bald in ihrer Gesamtheit merken, daß sie bisher durch ihre Gleichgültigkeit nur einer Verrätergesellschaft Vorspanndienste geleistet haben? Wir rufen allen denkenden Kollegen nochmals zu: Vorwärts in die Agitation für unsere Organisation und die Gelben werden bald von der Bildfläche verschwinden!

Vor allen Dingen, Ihr jungen Kollegen, die Ihr die lange dreijährige Leihzeit hinter Euch habt, überlegt es Euch jetzt genau, fragt Euch zehnmal in Euerm Innern, ehe Ihr Euch einer Gesellschaft anschließt, welche die Interessen der Kollegen verrät. Fürs ganze Leben bleibt es ein Schandfleck. Wer nicht für die gemeinschaftlichen Interessen eintritt, bleibt verachtet bei Freund und Feind. Schließt Euch deshalb der Organisation an und werdet brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft.

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit, denkt auch die Bäckerinnung in Elmshorn. Die Gelben haben sich veran-lagt gesehen, ihre Rückständigkeit auch nach außen hin dadurch zu dokumentieren, daß sie sich eine blaue Fahne zulegen. Durch allgemeine Bettelei hat man mit Ach und Krach die Anschaffung ermöglicht. Den Hauptanteil steuerten die Bäckermeister resp. Bäckerinnung zu. Hierfür haben sie sich aber das Recht vorbehalten, daß die Fahne Eigentum der Bäckerinnung bleibt. Denn, so kalkulieren unsere Popfmeister, würde vielleicht in absehbarer Zeit ein Umschlag in der Gefinnung der Gefellen eintreten, wären die blauen Silberlinge der Meister verloren. Dem müsse man vorbeugen. Es wurde allerdings von einem Bäckermeister betont, man solle nicht aus der Schule plaudern, damit die „Wolfs-Zeitung“ das nicht zu wissen bekomme, sonst würde man diese Abmachung bald an die große Glocke hängen. Aber trotz dieses Schweigegebotes kann es die „Wolfs-Zeitung“ doch sofort an die Deffentlichkeit bringen. Das ist sehr fatal.

Literarisches.

Der Lockspiegel New und die Terroristische Taktik von Leo Deutsch. Uebersetzt von S. Grumbach. 2 1/2 Bogen. Preis 40 s. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. In der Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigt uns Leo Deutsch die Einschlebung dieses Spiegels in die Partei der russischen Terroristen, sein Doppelspiel, seine Entlarbung, und bespricht eingehend die sich für die Terroristen ergebenden Konsequenzen.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Band VII. Jena, Gustav Fischer. Erscheint monatlich. Abonnement jährlich M. 7,50.

Verhandlungsbericht der 5. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz abgehalten in Luzern, September 1908. Jena, Gustav Fischer.

Bergarbeiterkongreß, Massengräber Rabbod. Bericht vom Bergarbeiterkongreß in Berlin. Herausgegeben vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes, Bochum.

Zu freien Stunden. Eine Wochenschrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 10 s. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporturen.

Die Volksbühne. Eine Sammlung von Einführungen in Dramen und Opern. Herausgegeben vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei. Shakespeare: Hamlet.

Die giftigen, harnsauren Ablagerungen im menschlichen Körper. (Schleichende Gift.) Ihre Ursache und Behandlungsweise. Dargestellt von Dr. med. M. J. Mittel, Franzensbad. Achte Auflage. Franzensbad, im Selbstverlag des Verfassers.

Arbeiterkennograph. Erscheint am 1. jeden Monats. Preis vierteljährlich M. 2,50. Für Bundesmitglieder frei.

Le Traducteur (16. Jahrg.), **The Translator** (5. Jahrg.), **Il Traduttore** (1. Jahrg.), Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Rätsel, Adressennachweis usw. — Probenummern kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).